Jenseits des Wahlzettels – Warum Millionen von Stimmen ungehört bleiben

Hürden politischer Teilhabe in der Migrationsgesellschaft

KOOPERATIONSVERBUND FÜR
VIELFALT & ZUSAMMENHALT

Inhalt

1 Einleitung 4

von Mahkam Hamid und Jackie Schöneck

2 Übersicht und Forschungsstand 6

von Julia Glathe und Laura Gorriahn

3 Europäischer Vergleich 10

von Burcu Başdinkçi, Luisa Muhammad und Joanna Szymanska-Bica

4 Zoom in: Die Repräsentation verschiedener (post)migrantischer Communitys in Deutschland

4.1 Unterrepräsentation (post)migrantischer Communitys in der Politik: Status quo, Erfahrungen und Unterschiede 12

von Jackie Schöneck

4.2 Politische Teilhabe von Post*migrant*innen: Lösungsansätze für aktuelle Herausforderungen 17

von Lia Petridou

4.3 Doppelt unsichtbar: Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland 22

von Luisa Muhammad

4.4 Vermeintliche Privilegien, reale Mauern. Die polnische Community in Deutschland. 27

von Joanna Szymanska-Bica

4.5 Politische Sichtbarkeit russischsprachiger Communitys in Zeiten globaler Konflikte 31

von Mahkam Hamid

4.6 Politische Partizipation der Communitys mit Türkeibezug – 60 Jahre nach dem Anwerbeabkommen 34

von Aziz Dziri

5 Resümee 38

von Aziz Dziri

Literaturverzeichnis 40

Impressum 54

1 Einleitung

Von Mahkam Hamid und Jackie Schöneck

Politische Teilhabe ist das Fundament einer lebendigen Demokratie. Sie verwirklicht den Anspruch des Grundgesetzes, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (Art. 20 Abs. 2 GG), und macht Politik zu einer Angelegenheit der gesamten Gesellschaft. Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Stimmen gehört, Interessen ausgeglichen werden und Vielfalt anerkannt wird. Repräsentation darf nicht auf formale Gleichheit beschränkt bleiben, sondern muss die unterschiedlichen Erfahrungen, Hintergründe und Perspektiven, die unsere Gesellschaft auszeichnen, sichtbar machen.

Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit. Sie ist ein offener, inklusiver Aushandlungsprozess; Legitimität gewinnt dieser durch die Beteiligung der Bürger*innen, durch Transparenz und seine Rechenschaftspflicht. Politische Teilhabe umfasst daher nicht nur das Recht, zu wählen, sondern auch die Möglichkeit, die öffentliche Meinungsbildung aktiv mitzugestalten und in Entscheidungen eingebunden zu sein. Das Grundgesetz bildet den Rahmen. Es verpflichtet Staat und Gesellschaft, die Würde (Art. 1), Gleichheit (Art. 3) und freie Entfaltung (Art. 2) zu sichern. Demokratie ist kein Privileg, sondern ein gemeinschaftliches Projekt, das alle hier lebenden Menschen einschließt.

Demokratie ist kein Privileg, sondern ein gemeinschaftliches Projekt.

(Post)migrantische Organisationen leisten dazu seit Jahrzehnten Wesentliches: Sie schaffen Räume der Selbstorganisation, vertreten Interessen, stärken demokratische Kompetenzen und fördern Integration und Zusammenhalt. Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung[1] sind in politischen Gremien, Parteien und Institutionen allerdings weiterhin unterrepräsentiert. Ihre Identifikation mit der Demokratie und die demokratische Legitimation insgesamt können durch diese Schieflage geschwächt werden.

[1]Hinweis zur Terminologie: Im Dossier verwenden wir verschiedene Bezeichnungen, zum Beispiel „(post)migrantisch“, „migrantisch“ oder „migrantisiert“ sowie „Migrant*innen“, Menschen „mit Migrationsgeschichte“, „mit Migrationshintergrund“ oder „mit Rassismuserfahrung“. Welche Form passt, hängt vom Kontext ab (amtliche Statistik, wissenschaftliche Debatte, Selbstbezeichnung oder Diskriminierungsperspektive). „Migrationshintergrund“ ist vor allem ein statistischer Begriff; „(post)migrantisch“ betont gesellschaftliche Perspektiven jenseits bloßer Herkunft; „migrantisiert“ verweist auf zugeschriebene Differenz; „mit Rassismuserfahrung“ adressiert strukturelle Ausschlüsse. Wir richten uns – wenn möglich – nach den Selbstbezeichnungen und folgen der Leitlinie: So spezifisch wie nötig, so inklusiv wie möglich. Gute Übersichten und Definitionen bieten das digitale Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM o. J.) sowie das Infopapier „Alternativen zum ‚Migrationshintergrund‘“ des Mediendienstes Integration (2020).

Vor diesem Hintergrund legen die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO), der Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE), der Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst), das Netzwerk neue deutsche organisationen (ndo), der Polnische Sozialrat (PSR) und die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) dieses Dossier vor. Es versteht sich als gemeinsamer Beitrag zum demokratischen Diskurs in Deutschland und als Aufforderung, politische Teilhabe umfassender zu denken, praktisch zu ermöglichen und diesbezügliche Hürden abzubauen. Zu partizipieren, bedeutet nicht nur, ein Amt zu bekleiden. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung engagieren sich tagtäglich: zum Beispiel in Elternbeiräten, Nachbarschaftsprojekten, religiösen Gemeinden, (post)migrantischen Organisationen oder auf der Straße. Dieses Engagement spiegelt sich jedoch nicht ausreichend in Parteien, Parlamenten und Entscheidungsgremien wider: Repräsentation – das Gesehen- und Gehörtwerden in der Politik – bleibt die Ausnahme.

Hier setzt das Dossier an: Es fragt, warum politische Teilhabe für viele so schwer zugänglich bleibt – und mit welchen Strategien sich Hürden abbauen lassen. Das Anliegen ist nicht, nach Defiziten in den Communitys zu suchen, sondern die politischen Rahmenbedingungen, die Teilhabe erschweren, auszumachen. Unter Rückgriff auf bestehende Studien werden Repräsentationslücken sichtbar gemacht, zudem wird ein vergleichender Blick in andere europäische Länder geworfen; Kern des Dossiers jedoch sind Beiträge, die sich den spezifischen Gegebenheiten, Erfahrungen und Strategien einzelner (post)migrantischer Communitys widmen.

Das Dossier will Wissen teilen, (post) migrantische Perspektiven stärken und dazu anregen, über eine inklusivere Demokratie nachzudenken – eine Demokratie, in der politische Mitsprache nicht von Pass, Herkunft oder Namen abhängt, sondern allen gleichberechtigt zusteht.

2 Übersicht und Forschungsstand

Von Julia Glathe und Laura Gorriahn

Die Forschung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten intensiv mit den politischen Realitäten und Folgen gesellschaftlicher Diversität in Deutschland befasst. Im Folgenden werden vier zentrale Forschungsbereiche im Themenfeld der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung skizziert.

2.1 Politische Repräsentation

Chancengerechtigkeit, Teilhabe und die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen zählen zu den zentralen Eckpfeilern einer demokratischen Gesellschaft. Von besonderer Bedeutung ist dabei die politische Vertretung in den Parlamenten; denn hierbei kann unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungen genommen und können vielfältige Interessen artikuliert werden *(Schönwälder 2013; Oguzhan/Pates 2021; Blätte u. a. 2023; Bergmann u. a. 2024; Wüst 2024b).*

Obwohl die Zahl und der Anteil von Abgeordneten mit Migrationsgeschichte seit den 1990er-Jahren deutlich gestiegen sind, besteht weiterhin eine erhebliche Repräsentationslücke *(Wüst 2024a, 9)*. Im Jahr 2021 betrug der Anteil der Bundestagsabgeordneten mit „Migrationshintergrund“[2] nur 11,4 %, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei 27,2 % lag *(Bergmann u. a. 2024, 30)*. Auf kommunaler Ebene zeigt sich ein ähnliches Bild: Nur rund 13 % der kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen in deutschen Großstädten haben einen „Migrationshintergrund[2]“ *(Blätte u. a. 2023, 30)*.

Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien: Abgeordnete mit sogenanntem Migrationshintergrund sind vor allem bei den Linken, aber auch bei den Grünen und der SPD vergleichsweise häufiger vertreten, während ihr Anteil bei den Unionsparteien CDU und CSU sowie der FDP deutlich geringer ausfällt *(Bergmann u. a. 2024, 34 f.)*.

2.2 Politische Partizipation

Die politische Partizipation von Migrant*innen und Migrantisierten (siehe dazu 2.3) ist für die gesellschaftliche Transformation hin zu mehr Gleichberechtigung von zentraler Bedeutung *(Arsu u. a. 2017; Mayer u. a. 2021; Spies u. a. 2020; Walbrühl 2021; Sauer 2016; Wüst*

[2] Der Begriff „Migrationshintergrund“ bezeichnet (in der Statistik) Personen, die seit 1955 nach Deutschland zugewandert sind, in Deutschland ohne deutsche Staatsangehörigkeit geboren wurden oder bei denen dies mindestens ein Elternteil betrifft. Der Begriff ist inzwischen umstritten, weil er sehr unterschiedliche Lebensrealitäten in einer Kategorie zusammenfasst und zudem Menschen dauerhaft als ausländisch und anders markiert – auch dann, wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen *(Walbrühl 2021; Horvath 2017; Will 2022)*.

2012). Mehr noch: Sie ist ein Kernkriterium demokratischer Legitimität. Denn Demokratie bewährt sich dann, wenn auch marginalisierte Gruppen ihre Interessen artikulieren können und sich beteiligen *(Sauer 2016, 256; Bieling/Huke 2021, 24)*. Politische Beteiligung hat dabei viele Formen; dazu gehören das Wählen oder die Parteiarbeit ebenso wie zivilgesellschaftliches Engagement in Vereinen und Initiativen, die Eingabe von Petitionen und öffentlichen Stellungnahmen oder die Teilnahme an Demonstrationen und anderen Protestaktionen.

nur 36 % der in Deutschland lebenden Migrant*innen waren bei der Bundestagswahl 2021 wahlberechtigt.

Gerade elektorale Formen der politischen Partizipation sind in der Regel an Staatsbürgerschaft gekoppelt und bleiben damit vielen der dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen verwehrt. So waren nur 36 % der in Deutschland lebenden Migrant*innen bei der Bundestagswahl 2021 wahlberechtigt *(Freuwört 2025, 45 f.)*. Auf kommunaler Ebene wird dieses Demokratiedefizit bereits seit den 1980er-Jahren von sogenannten Ausländer- und Integrationsräten, die die Interessen der nicht wahlberechtigten Bevölkerungsgruppen vertreten sollen, adressiert *(Wilmes 2018; Walbrühl 2021; Freuwört 2025)*. Beanstandet wird jedoch immer wieder, dass diese Räte aufgrund fehlender Entscheidungskompetenzen kaum Einfluss auf das politische Geschehen nehmen können *(Sinanoğlu/Volkert 2011, 11)*. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Migrant*innen und Migrantisierte häufig informelle Formen der Beteiligung wählen und sich überdurchschnittlich oft an politischen Protesten beteiligen *(Wüst 2024b, 6)*.

2.3 Strukturelle Ursachen der Unterrepräsentation

Um Unterrepräsentation und mangelnde Teilhabe zu verstehen, gilt es, die strukturellen Barrieren einer Gesellschaft zu analysieren: wen sie treffen, wie sie wirken und welche Mechanismen der Ausschließung dabei greifen. Zugangshürden betreffen in der Regel nicht eine einzelne Gruppe, sondern wirken in ähnlicher Weise bei sehr unterschiedlichen Personengruppen – zum Beispiel bei Einwander*innen, Frauen, trans Personen, Menschen mit Behinderung oder Arbeiterkindern *(Foroutan 2022, 44)*. In der Wissenschaft hat sich Intersektionalität als Forschungsperspektive etabliert, um Ungleichheiten nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenspiel zu betrachten *(Münst 2008)*. Intersektionalität macht deutlich, dass Kategorien der Ungleichheit – wie Geschlecht und

sexuelle Orientierung, Klasse, (kulturelle) Herkunft, Rassifizierung, Religion oder Behinderung – sich gegenseitig verstärken und in jeweils spezifischen Konstellationen neue Formen von Diskriminierung hervorbringen *(Wansing/Westphal 2014)*.

Integration wurde in Deutschland lange Zeit vor allem als Bringschuld verstanden.

Die Rassismus- und die Migrationsforschung zeigen, dass in Deutschland „Migrantisierung" ein zentraler Mechanismus der Rassifizierung ist (*El-Mafaalani 2023)*: Menschen werden als fremd und vermeintlich nicht zugehörig kategorisiert und entlang zugeschriebener Herkunft und kultureller Differenz markiert. Diese Zuschreibungen hängen meist nicht primär an einer tatsächlichen Migrationsgeschichte; vielmehr sind es insbesondere People of Color, die als migrantisch gelesen und diskriminiert werden. Für die Lebensrealität vieler Menschen mit Migrationsgeschichte ist ihre Rassismuserfahrung zentral – und deutlich relevanter als ein Migrationshintergrund *(Horvath 2017; Will 2022)*.

2.4 Akteure und Strategien migrantischer Teilhabe

Integration wurde in Deutschland – in der Politik ebenso wie in der Forschung – lange Zeit vor allem als Bringschuld verstanden: im Sinne der Erwartung, dass sich Migrant*innen an eine vermeintlich homogene Aufnahmegesellschaft zu assimilieren hätten *(Koopmans 2017; Mansour 2018, kritisch dazu Foroutan 2022*). Neuere Integrationskonzepte richten den Blick hingegen stärker auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen und die daraus resultierenden Chancen und Hindernisse für Teilhabe *(Pries 2013; Treibel 2015; Foroutan/Kalter 2021)*. Zudem begreift das vergleichsweise junge Paradigma der Postmigration Migration nicht als Ausnahmezustand, sondern als eine dauerhafte soziale Normalität. Damit rücken andere Perspektiven und Themen denn jene, die an Anpassung ausgerichtet waren, in den Vordergrund: die Aushandlung von Zugehörigkeit, Rechten und Repräsentation in einer vielfältigen Gesellschaft (*Foroutan 2019; Yildiz 2024)*. Im Zuge dessen kommen auch Praktiken migrantischer Selbstorganisation, deren Strategien politischer Partizipation und deren Rolle bei der Veränderung institutioneller Strukturen und Diskurse in den Blick.

Zum Feld migrantischer Teilhabe zählen unterschiedliche Akteure, die sich in der Praxis häufig überlappen. Dazu gehören institutionalisierte Vertretungen und Schnittstellenakteure wie die kommunalen Integrations- und Migrationsbeiräte (und ihre Landes- und Bundesnetzwerke), deren typische Tätigkeiten Beratung, Agenda-Setting sowie die Vermittlung gegenüber Politik und Verwaltung umfassen *(Kersting u. a. 2022)*. Daneben steht die communitybasierte Selbstorganisation, beispielsweise migrantische Nachbarschaftsinitiativen und Zusammenschlüsse migrantischer Frauen, wie sie sich seit den 1970/80er-Jahren entwickelt haben. Mit ihren Bildungs- und Betreuungsangeboten, der Unterstützung im Alltag, gegenseitigem Empowerment und dem Aufbau eigener Räume und Infrastrukturen stellen sie politische Handlungsfähigkeit her *(Schwenken 2008; Bergold-Caldwell 2022)*. Die communitybasierte Selbstorganisation verbindet sich auch mit antirassistischen Bündnissen und mit Solidaritätsnetzwerken, sodass Anliegen in breiteren gesellschaftlichen Koalitionen vertreten werden können. Beispiele dafür sind #unteilbar als ein großes kampagnenfähiges Bündnis sowie die Initiative 19. Februar Hanau als Angehörigen- und Unterstützungsstruktur, die Aufklärung, Gerechtigkeit und politische Teilhabe fordert *(Stjepandić 2022)*.

2.5 Fazit

Im Lichte des skizzierten Forschungsstandes lässt sich der Zusammenhang von Migration, Teilhabe und Demokratie in drei verschränkten Perspektiven systematisieren *(siehe auch Glathe/Gorriahn 2022)*. Erstens führen konstitutive Ausschlüsse sowie strukturelle Begrenzungen der Teilhabe in nationalstaatlichen Demokratien dazu, dass Migrant*innen und Migrantisierte politisch unterrepräsentiert sind. Zweitens ist Migration Gegenstand der demokratischen Selbstverständigung, die sich in Aushandlungen von Zugehörigkeit, Repräsentation und Teilhabe ausdrückt. Drittens schließlich erscheint Migration als Reservoir der Erneuerung und (Re-)Demokratisierung durch antirassistische Praxis und migrantische Selbstorganisierung.

An diese Einordnungen knüpft das vorliegende Dossier an: Es versteht die Unterrepräsentation von Migrant*innen nicht als ein politisches Randthema, sondern als Prüfstein dafür, wie ernst demokratische Gesellschaften ihren eigenen Anspruch auf Gleichheit und Teilhabe nehmen.

3 Europäischer Vergleich

Von Burcu Başdinkçi, Luisa Muhammad und Joanna Szymanska-Bica

Politische Teilhabe meint, an Entscheidungen auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene real mitzuwirken. Europarechtlich stecken die EU-Richtlinie 2003/109/EG zum Status langfristig Aufenthaltsberechtigter sowie das Übereinkommen des Europarats von 1992 zur Beteiligung von Ausländer*innen am kommunalen Leben den Rahmen ab: Beide ermutigen die Staaten, Drittstaatsangehörigen nach mehrjährigem Aufenthalt kommunale Mitbestimmung zu eröffnen. Die tatsächliche Umsetzung ist uneinheitlich, insofern die Aufenthaltsdauer, die Registrierungspflichten und die Gegenseitigkeit je nach Land variieren. Deutschland gewährt Drittstaatsangehörigen bislang kein kommunales Wahlrecht, was eine niederschwellige Anbindung erschwert und Repräsentanzlücken verfestigt.

Der Blick zu den Nachbarn zeigt bei den Faktoren, die die politische Partizipation prägen – darunter das Wahlsystem, die Einbürgerungspraxis und die Zivilgesellschaft –, eine Bandbreite innerhalb der EU. Im Norden fördert Dänemark mit seiner Verhältniswahl und mit Ausgleichsmandaten grundsätzlich Pluralismus. Auf nationaler Ebene wählen nur Staatsangehörige; lokal wählen auch EU-Bürger*innen, Drittstaatsangehörige erst nach mehreren Jahren. Einbürgerungsregeln wurden jüngst verschärft, was die Zahlen der Einbürgerungen senkte. Der Weg in die nationale Teilhabe bleibt schmal: Zwar gibt es einerseits eine dichte Vereinslandschaft; andererseits jedoch prägen umstrittene amtliche Kategorien wie „Einwanderer/Nachkommen“ oder „westlich“ versus „nicht westlich“ den Diskurs und stellen Zugehörigkeit infrage. Die Niederlande kombinieren ein Verhältniswahlsystem ohne harte Sperrklausel mit kommunaler Partizipation: EU-Bürger*innen sind lokal wahlberechtigt, Drittstaatsangehörige nach fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt; nationale Rechte bleiben an eine Einbürgerung gebunden. Es gibt aktive Konsultationen und Bürgerhaushalte; jedoch bleibt die parlamentarische Repräsentanz von Menschen mit Migrationsbiografie unter deren Bevölkerungsanteil. Belgien verbindet Föderalismus und Verhältniswahl mit gesetzlicher Parität auf Wahllisten, was einen vergleichsweise hohen Frauenanteil (rund 44 %) im Parlament begünstigt. Drittstaatsangehörige erhalten nach fünf Jahren kommunales Wahlrecht, EU-Bürger*innen früher. In Brüssel und in Teilen Flanderns wächst die Zahl politisch aktiver Menschen mit Migrationsbiografie, bleibt aber unterproportional. Eine Wahlpflicht, dichte Vereinsstrukturen und eine starke lokale Verankerung fördern das Engagement; spezifische Mechanismen, die die migrantische Repräsentanz fördern, sind allerdings selten. In Polen und ebenso in Tschechien besitzen EU-Bürger*innen lokal aktives wie passives Wahlrecht, Nicht-EU-Ausländer*innen nicht. Die Beteiligung

ist sehr niedrig, umfassende Integrationsstrategien fehlen. Politische Sichtbarkeit entsteht eher lokal als national. Zwar sind viele NGOs im Themenfeld registriert, aber viele davon sind nicht dauerhaft aktiv. In Österreich steuert das Einbürgerungsrecht die politische Teilhabe besonders stark: Doppelte Staatsangehörigkeit ist grundsätzlich ausgeschlossen, nationales Wahlrecht bleibt an Einbürgerung gebunden, und der Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund liegt deutlich unter dem Bevölkerungsanteil. Daran konnte auch die lebendige Vereinslandschaft wenig ändern. In Frankreich verbindet sich eine lange Einwanderungsgeschichte mit einem Mehrheitswahlrecht in zwei Runden, das große Parteien begünstigt und die Hürden für Minderheitenkandidaturen erhöht; das kommunale Wahlrecht gilt nur für EU-Bürger*innen. Luxemburg zeigt hingegen, wie weit eine Öffnung des Wahlrechts tragen kann: Seit 2022 haben alle mit Aufenthaltsrecht, unabhängig von ihrer Wohnsitzdauer, das kommunale Wahlrecht inne. Eine Doppelstaatsbürgerschaft ist möglich. Eine lebendige migrantische Zivilgesellschaft befördert und verstetigt die Beteiligung. Dieser europäische Vergleich wurde andernorts umfassender dargestellt und en détail analysiert *(Başdinkçi et al. 2026)*, sodass erkennbar wird, wie die verschiedenen Faktoren ineinandergreifen.

Drei Schlüsse lassen sich daraus ziehen. Erstens: Das kommunale Wahlrecht beschleunigt die niederschwellige Anbindung, während die Staatsangehörigkeit als Eintrittskarte für die Landes- und Bundesebene entscheidend bleibt. Jenes kann dieses nicht ersetzen: Brücken, die vom zivilgesellschaftlichen Engagement zur politischen Repräsentation führen, entstehen vor allem dort, wo eine kommunale Öffnung und eine pragmatische Einbürgerung zusammenwirken. Zweitens spielen die Einbürgerungsverfahren eine erhebliche Rolle; denn letztlich entscheiden Bearbeitungszeiten, Gebühren sowie Sprach- und Nachweisanforderungen darüber, wie schnell Menschen die neue Staatsbürgerschaft erhalten – und für die politische Partizipation nutzen können. Drittens regeln die Parteikultur und die Listenpraxis, ob formale Zugänge in tatsächliche Mandate münden. Rechtliche Öffnungen allein genügen nicht.

Brücken entstehen wo kommunale Öffnung und Einbürgerung zusammenwirken.

Die Verhältniswahl erhöht die Vielfalt nur potenziell; damit sie real wird, braucht es Safe Seats, Quoten, Mentoring und/oder Netzwerke. Spezifisch für Deutschland lenkt der Vergleich den Blick darauf, dass der Weg zur politischen Teilhabe ohne kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige vielen versperrt bleibt. Das Nadelöhr ist die Einbürgerung, die aber oft zeitverzögert erfolgt.

4 Zoom in: Die Repräsentation verschiedener (post)migrantischer Communitys in Deutschland

4.1 Unterrepräsentation (post)migrantischer Communitys in der Politik: Status quo, Erfahrungen und Unterschiede

Von Jackie Schöneck

Seit den frühen 1990er-Jahren hat sich die politische Landschaft in Deutschland spürbar verändert: Immer mehr Politiker*innen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung prägen Debatten, Themen und Sprache. Prominente Meilensteine waren 1994 der Einzug von Leyla Onur (SPD) und Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) als erste Bundestagsabgeordnete mit benannter Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung, 2009 Philipp Rösler (FDP) als erster Bundesminister *(Mediendienst Integration 2025d)* und 2026 die Wahl Özdemirs als Ministerpräsident Baden-Württembergs. Gleichzeitig bleibt die Unterrepräsentation vieler Communitys bestehen, und strukturelle Hürden bremsen den Aufstieg in Spitzenfunktionen *(Metzing/Cardozo Silva 2024; Best u. a. 2025)*. Rund 30 % der Bevölkerung haben eine Migrationsgeschichte, im Bundestag liegt der Anteil der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte jedoch bei nur 11,6 % *(Mediendienst Integration 2025d, 2; Storz/Mayr 2025)*.

In vielen Großstädten wirken eine lange lokale Einwanderungsgeschichte, lebendige Vereinslandschaften und eigene Medien als Verstärker politischer Teilhabe: Sie schaffen soziales Kapital, Unterstützer*innenkreise & Kandidierendenpools – und damit reale Chancen auf Listenplätze *(Metzing/Cardozo Silva 2024; Best u. a. 2025)*.

Rund 30% der Bevölkerung haben eine Migrationsgeschichte, im Bundestag liegt der Anteil der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte jedoch bei nur 11,6%.

Deshalb sind türkeistämmige, italienische und portugiesische Communitys auf kommunaler Ebene vergleichsweise sichtbar; EU-Bürger*innen profitieren zusätzlich vom kommunalen Wahl- und Kandidaturrecht *(Metzing/Cardozo Silva 2024)*. Im ländlichen Raum und in Ostdeutschland führen kleinere Communitys, schwächere Vereins- und Parteinetzwerke, niedrigere Einbürgerungsquoten und ein begrenzter lokaler Medienmarkt zu weniger Kandidaturen und seltenen Mandaten *(Best u. a. 2025; Metzing/Cardozo Silva 2024)*. Mitgliedsverbände der Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) berichten zudem von aussichtslosen „Auffüllplätzen“ für (post)migrantische Kandidaturen und von fehlenden Ressourcen für

eine mehrsprachige Wahlkommunikation; Letzteres ist ein wiederkehrendes Hindernis vor allem für Erstwähler*innen.

Die Staatsangehörigkeit bleibt die zentrale Voraussetzung für Mandate auf Landes- und Bundesebene.

Im Ländervergleich liegt in Berlin, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen der Anteil (post)migrantischer Abgeordneter höher, was auf urbane Rekrutierungspools und offenere Parteikulturen zurückgeführt wird *(Bergmann u. a. 2024; Mediendienst Integration 2025d)*. Wo Parteien Diversität mittels Quoten, Mentoring und der Förderung von Sichtbarkeit verankern, werden (post)migrantische Kandidaturen eher aufgenommen, platziert und medienfähig gemacht *(Bergmann u. a. 2024)*. Führungsfunktionen, etwa Fraktionsspitzen oder Ausschussleitungen, bleiben jedoch häufig unterproportional besetzt, insbesondere in Flächenländern und im Osten *(Metzing/Cardozo Silva 2024; Best u. a. 2025)*. BKMO-Mitglieder berichten außerdem, dass Bewerbungen um einen Ausschussvorsitz oft an inoffiziellen Erfahrungsschwellen scheitern; eine Position als Sprecher*in erhielten Mandatsträger*innen mit Migrationsgeschichte überproportional für die Themen Migration und Flucht.

Im Bundestag 2025 liegt der Anteil der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte bei 11,6 % und damit deutlich unter dem Bevölkerungsanteil *(Mediendienst Integration 2025d; Storz/Mayr 2025)*. Dass 47,2% dieser Gruppe Frauen sind, verweist auf das Potenzial gezielter Rekrutierung und von Quotenregelungen (*Mediendienst Integration 2025d)*. Zugleich verdeutlicht die niedrige Gesamtquote die Wirkung intransparenter Listenaufstellungen, dominanter Netzwerke und hoher Anforderungen im Kontext überregionaler Medien *(Best u. a. 2025; Bergmann u. a. 2024)*. Besser vertreten sind Communitys mit langer Einwanderungsgeschichte und dichter Organisationsstruktur, während größere Gruppen aus Osteuropa, dem postsowjetischen Raum und aus neueren Fluchtbewegungen deutlich unterrepräsentiert bleiben; Letzteres gilt auch für Sinti* und Roma* *(Metzing/Cardozo Silva 2024; Best u. a. 2025)*.

Die Staatsangehörigkeit bleibt die zentrale Voraussetzung für Mandate auf Landes- und Bundesebene. Das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) von 2024 senkte mit verkürzten Fristen und einer erweiterten Mehrstaatigkeit die formalen Hürden; Bearbeitungsstaus verzögern jedoch den realen Zugang *(BGBl 2024; BMI 2025; Destatis 2024)*. Rekordwerte bei Einbürgerungen übersetzen sich nicht automatisch in eine

zeitnahe höhere politische Repräsentation *(Destatis 2024; Destatis 2025a)*.

Innerhalb der Parteien entscheiden Parteikulturen und Auswahlpraktiken, ob formale Zugänge in Mandate münden: Listenaufstellungen, Safe Seats und informelle Netzwerke können inklusiv oder exkludierend wirken *(Bergmann u. a. 2024)*. Wo Quoten und Mentoring existieren, steigen die Chancen. Wo sie fehlen, bleibt es beim Status quo und einer „Tokenisierung“: Nominierungen beschränken sich auf chancenarme Plätze und bleiben somit symbolisch *(Bergmann u. a. 2024)*. BKMO-Mitglieder sprechen in diesem Kontext von „PR-Platzierungen“: (Post)migrantische Parteimitglieder würden medial sichtbar als Kandidat*innen geführt, erhielten jedoch wenig aussichtsreiche Plätze; in der Folge sinke deren Parteibindung und die Bereitschaft, erneut anzutreten. Wahlkämpfe erfordern Zeit, Geld, Teams und Kommunikationskompetenz. Hinzu kommen politische Codes, Antragslogiken, Medienformate und eine Verwaltungssprache, die jenen einen Vorsprung verschaffen, die sie frühzeitig in Jugendparlamenten, Verbänden oder Hochschulen erlernt haben *(Storz/Mayr 2025)* – wo (Post-)Migrant*innen unterrepräsentiert sind. Auf dem Weg zur Kandidatur sind sie mit offener und subtiler Diskriminierung konfrontiert, was Anpassungsdruck und psychische Belastungen erzeugt; statt in die Inhalte müssen sie ihre Energie in ihre Legitimation stecken; Karrieren verkürzen sich, und Wiederkandidaturen werden unwahrscheinlicher *(Bergmann u. a. 2024)*. Besonders benachteiligt sind junge Menschen sowie Frauen mit Kindern – durch Care-Lasten, prekäre Beschäftigung und eine fehlende Parteiansprache –, was ihre Kampagnenfähigkeit und Listenplatzierung schwächt *(Storz/Mayr 2025; Boll u. a. 2022)*.

Diverse Parlamente machen nicht automatisch diverse Regierungen und Gremien.

Communitys mit starken Vereinen, eigenen Medien, Spender*innen und freiwilligen Teams nominieren und tragen Kandidaturen leichter *(Metzing/Cardozo Silva 2024; Best u. a. 2025)*. Später folgen Berufungen in Kabinette, Staatssekretariate, Kommissionen und Verfassungsorgane häufig informellen Vertrauenslogiken und gewachsenen Personalpools *(BMI 2025; Metzing/Cardozo Silva 2024; Best u. a. 2025)*. Eher diverse Parlamente übersetzen sich daher nicht automatisch in gleichermaßen divers besetzte Regierungen und Gremien.

Das Einbürgerungsrecht, der Organisationsgrad der Communitys, deren regio-

nale Dichte, die Kultur und Listenpraxis der Parteien, die Medienberichterstattung, das Bildungssystem, Diskriminierungen und die Verteilung der Care-Lasten greifen ineinander und prägen, welche Communitys politisch sichtbar werden und vertreten sind *(Bergmann u. a. 2024; Best u. a. 2025)*. Um auszumachen, welche Kombinationen dieser Faktoren die Repräsentation (post)migrantischer Communitys besonders stark prägen, bedarf es weiterer Forschung. Zudem fehlen Daten zu Subgruppen und deren politischer Vertretung. Den Folgen, die die anhaltende Unterrepräsentation für die Demokratie, die Identifikation mit ihr und den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat, gilt es wissenschaftlich, politisch und zivilgesellschaftlich nachzugehen und zu begegnen.

(Post)migrantische Communitys in ihrer Vielfalt vertreten: Erfahrungen der BKMO

Analysen und Datensätze, die primär nach Herkunftsstaat bzw. großen Herkunftsgruppen differenzieren, bilden die interne Heterogenität (etwa nach ethnischen, religiösen oder Minderheitenzugehörigkeiten) nur unzureichend ab *(Metzing/Cardozo Silva 2024)*. Sie blenden Subgruppen wie kurdische, alevitische oder Roma*-Communitys aus. Dies hat in der Praxis zur Folge, dass fehlende Daten zu fehlenden Anknüpfungspunkten, um die entsprechenden Subgruppen gezielt für die Parteiarbeit anzusprechen und zu fördern, führen. Die Untererfassung produziert demnach eine Unsichtbarkeit, die Folgen hat auch für die Repräsentation.

Untererfassung produziert eine Unsichtbarkeit, die Folgen hat auch für die Repräsentation.

Die BKMO bewegt sich diesbezüglich in einem Spannungsfeld zwischen maximaler Differenzierung und einer klaren politischen Linie: Einerseits sollen Stimmen aus möglichst vielen unterschiedlichen Communitys und Subgruppen – mit ihren spezifischen Erfahrungen und Sprachen – sicht- und hörbar werden; andererseits verlangt die politische Praxis verdichtete Botschaften und verhandlungsfähige, klare Forderungen, die in engen Zeitfenstern verständlich vermittelt und verhandelt werden können.

Diese Gleichzeitigkeit ist eine strukturelle Gratwanderung und eine Herausforderung. Bei Einladungs- und Beteiligungsformaten, etwa in Ministerien oder Ausschüssen, werden häufig Dachverbände oder einige wenige Leitstimmen angefragt. Das ist aus Zeit- und Formatgründen nachvollziehbar, birgt aber das Risiko, dass andere Perspektiven unsichtbar

bleiben. Je heterogener eine Community ist, desto wichtiger sind legitime Wege der Aushandlung – wie transparente Verfahren, Rotation oder verlässliche Feedbackschleifen.

Die BKMO setzt auf Balance: möglichst alle Stimmen einbeziehen, Minderheitspositionen sichtbar halten, und zugleich klare Linien formulieren.

Fehlen dafür Zeit und Ressourcen, entsteht eine doppelte Herausforderung für Vertretungen wie die BKMO: Ohne breite Konsultation fehlt die Legitimität, ohne Verdichtung fehlt die Durchschlagskraft.

Zusätzliche Arbeit entsteht durch notwendige Übersetzungsleistungen – sowohl in mehrsprachigen Kontexten als auch zwischen Community-Sprache, Amtsdeutsch und Medienlogik. Diese Vermittlungsarbeit wird selten finanziert und lastet oft auf wenigen Personen.

In dem besagten Spannungsfeld zwischen Differenzierung und politischer Prägnanz setzt die BKMO auf Balance: möglichst alle Stimmen einbeziehen, Minderheitspositionen sichtbar halten und zugleich verhandlungsfähige Linien formulieren. Daraus ergeben sich Bedarfe an Formaten, die Beteiligung fördern und die Legitimation stärken, an eigenständigen Bühnen für kleinere Communitys und an einer ständigen Selbstreflexion der Rolle als Dachverband.

4.2 Politische Teilhabe von Post*migrant*innen: Lösungsansätze für aktuelle Herausforderungen und Unterschiede

Von Lia Petridou

Die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte ist ein zentraler Indikator dafür, wie es in Deutschland um demokratische Standards und deren Qualität steht *(Wüst 2022)*. Während der Anteil von Menschen mit Zu- oder Einwanderungsgeschichte steigt, bleibt ein deutliches Defizit in ihrer politischen Partizipation und Repräsentation bestehen *(Wüst 2022; Kuner 2024)*. Ein solcher Mangel an gesellschaftlich normalisierter Repräsentation und an sichtbaren „Autoritäten", insbesondere auf Ebenen politischer Entscheidung, ermöglicht populistische Debatten wie die „Stadtbilddebatte" *(Fritzsche 2025)*.

Die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte ist zentraler Indikator für den Stand der Demokratie.

Die neuen deutschen organisationen (ndo) sind ein communityübergreifendes und intersektionales Netzwerk aus über 200 Vereinen, Organisationen und Projekten:

> *„Unsere Mitglieder sind Nachkommen von Arbeitsmigrant*innen und Geflüchteten, Sinti*zze und Rom*nja, afrodiasporische Menschen, jüdische, muslimische und andere dialogsuchende Engagierte. Manche von uns bezeichnen sich als Person of Color (PoC) oder Schwarze Menschen, als Bindestrich-Deutsche oder eben anders. Unsere Gemeinsamkeit: Wir sehen uns als postmigrantische Bewegung gegen Rassismus und für ein inklusives Deutschland." (ndo o. J.)*

Die ndo repräsentieren das heutige postmigrantische Deutschland – mit seinem hohen Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte: 2024 waren es 30,4% der Gesamtbevölkerung *(bpb 2025)*. Das ndo-Netzwerk fokussiert die Lebensrealitäten und Perspektiven der nachfolgenden Generationen von Menschen mit Migrationsgeschichte. Diesbezüglich nimmt es eine Schlüsselrolle ein, indem es sich für deren Sichtbarkeit und Teilhabe sowie für Chancengerechtigkeit engagiert. Seit seiner Gründung 2015 fordert es vehement ein, dass deren Zugehörigkeit zu Deutschland als selbstverständlich anerkannt wird und dass die strukturellen Bedingungen gesellschaftlicher Ausschlüsse, wie Rassismus und Intersektionalität, in den Vordergrund gestellt werden; durch Kampagnen- und Pressearbeit, Advo-

cacy, Policy-Beiträge, Bundeskongresse und Empowerment-Formate fördert und gestaltet es aktiv politische Teilhabe *(bpb 2025; Waldmann 2021)*.

„Postmigrantisch" heißt, dass sich Gesellschaften durch Migration nachhaltig verändert.

Die ndo gründeten sich aus einem kollektiven Bedarf heraus: Es galt, die Stimmen und Forderungen von Communitys, deren Zugehörige hier aufgewachsen und von Rassismus und Ausschluss betroffen waren, in die öffentlichen und politischen Diskurse zu tragen und ihnen politisches Gewicht zu verleihen – dies unter dem Begriff „Neue Deutsche" und später „postmigrantisch" *(Stiftung Mercator 2017)*. Der Hintergrund war, dass diese Communitys in der politischen Öffentlichkeit unsichtbar waren, dazu kam ein zunehmend rassistisches Klima (unter anderem mit den Pegida-Märschen). Statt Migration als abgeschlossenen Prozess zu denken, transportiert die Bezeichnung „postmigrantisch", dass sich Gesellschaften durch Migration nachhaltig verändern; Menschen in Deutschland leben de facto in einer „Einwanderungsgesellschaft" *(Stiftung Mercator 2017)*. Die ndo fordern Gesetze, die die Diskriminierung von Menschen nachfolgender Generationen anerkennen und deren Teilhabe verankern *(Stiftung Mercator 2017)*. Eine zentrale Forderung der ndo ist die Abkehr von einer einseitigen Integrationspolitik hin zu einer inklusiven Gesellschafts-politik für alle.

Der Anteil der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte bleibt deutlich hinter der gesellschaftlichen Realität zurück *(Arsu u. a. 2017; Storz/Mayr 2025)*. Für die zweite und dritte Generation bedeutet dies, dass sie in Parteien und Parlamenten weniger sichtbar sind, als es ihre Lebensrealität – mit hohen Bildungsabschlüssen, Engagement und Verwurzelung in Deutschland

Selbst diejenigen, die bereits in mehreren Generationen in Deutschland leben, werden strukturell benachteiligt.

– nahelegen würde *(Storz/Mayr 2025)*. Politisch und gesellschaftlich – zum Beispiel rechtlich, in den Medien, in Gremien und Aufsichtsräten – werden postmigrantische Perspektiven selten abgebildet; selbst diejenigen, die bereits in mehreren Generationen in Deutschland leben, werden strukturell benachteiligt *(Mediendienst Integration 2025d; Storz/Mayr 2025)*.

Zwischen den Parteien zeigen sich Unterschiede: Während SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vergleichsweise viele Abgeordnete mit Migrationsgeschichte stellen, ist die Repräsentation innerhalb der Union auffällig niedrig *(Mediendienst Integration 2025d)*. Auf der Bundesebene ebenso wie in kommunalen Vertretungen und Landesparlamenten zeigt sich: Wo Parteien Diversität beachten, Nachwuchsförderung betreiben und Zugangswege öffnen, finden sich häufiger Mandatsträger*innen der zweiten und dritten Generation; fehlen solche Strukturen, bleiben junge Menschen mit Migrationsgeschichte oft in ehrenamtlichen Rollen, ohne den Schritt in Ämter und Mandate zu schaffen *(Storz/Mayr 2025; SVR 2021)*. Institutionen wie das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) analysieren Zugehörigkeit, Partizipation und Repräsentation systematisch *(DeZIM 2023)*. Die parteipolitischen Positionen zur Förderung der Teilhabe variieren deutlich *(Arsu u. a. 2017)*.

Die Diversität der postmigrantischen Gesellschaft stellt traditionelle Konzepte von Herkunft und Zugehörigkeit infrage.

Die postmigrantische Gesellschaft in Deutschland ist durch Diversität gekennzeichnet, was traditionelle Konzepte von Herkunft und Zugehörigkeit infrage stellt *(Dialog macht Schule 2024)*. Das DeZIM-Projekt „Politische (Un-)Gleichheit in der postmigrantischen Demokratie“ betont, dass die politische Teilhabe und die Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte häufig durch sozioökonomische Ungleichheiten und institutionelle Barrieren eingeschränkt werden *(DeZIM 2023)*. Ein zentraler Aspekt ist zudem, wie Menschen mit Migrationsgeschichte Zugehörigkeit wahrnehmen; viele erleben das Verhältnis zur sogenannten Mehrheitsgesellschaft und zu politischen Institutionen als ambivalent, was auch die Motivation für Partizipation und die diesbezüglichen Möglichkeiten prägt *(Storz/Mayr 2025; SVR 2021)*.

Innerhalb der großen Parteien bestehen unterschiedliche Strategien zur Förderung politischer Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte *(Wüst 2022; Kuner 2024)*. Die Union interpretiert Integration als fortschreitenden Prozess, legt den Fokus auf Zusammenhalt und „Leitkultur“ und verfolgt eine eher restriktive migrationspolitische Linie, mit der Betonung auf Rechtsstaatlichkeit; Minderheitenrechte und spezifische Förderprogramme werden eher skeptisch betrachtet. Die Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte ist vergleichsweise gering *(Mediendienst Integration 2025d; CDU 2024; PRO ASYL 2025)*. Die SPD sieht

politische Beteiligung als Schlüssel und fördert explizit die Teilhabe und die Repräsentation in öffentlichen Ämtern; sie verfügt über ein diverseres Umfeld und unterstützt gezielte Programme gegen Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen *(Mediendienst Integration 2025d; SPD 2019)*. Bündnis 90/Die Grünen interpretieren politische Teilhabe als Menschenrecht und demokratisches Gebot, setzen auf Inklusion, intersektionale Gerechtigkeit und verbindliche Maßnahmen wie Quoten und Antidiskriminierungspolitik; Personen mit Migrationsgeschichte nehmen sichtbare Rollen ein *(Mediendienst Integration 2025d; Bündnis 90/Die Grünen o. J.)*. Die Linke setzt auf soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung von Diskriminierung und kritisiert strukturelle Barrieren beim Zugang zu Ämtern. Meist ist sie mit dem höchsten Anteil an Abgeordneten mit Migrationsgeschichte vertreten *(Mediendienst Integration 2025d; Die Linke o. J.)*. Während SPD, Grüne und Linke eher progressive Förderstrategien verfolgen, steht die CDU für eine konservativere und integrationszentrierte Perspektive.

Soziale und ökonomische Ungleichheit und Diskriminierung stabilisiert einen Kreislauf aus niedriger Wahlbeteiligung und geringer Repräsentation.

Forschung zeigt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte seltener an Wahlen teilnehmen und in Ämtern unterrepräsentiert sind, und zwar auch unabhängig von den rechtlichen Rahmenbedingungen *(Kuner 2024)*. Die Ursachen sind unter anderem soziale und ökonomische Ungleichheiten und Diskriminierung, eine andere politische Sozialisation, restriktive Parteistrukturen und fehlende Wahlrechte; dies stabilisiert einen Kreislauf aus niedriger Wahlbeteiligung und geringer Repräsentation *(Storz/Mayr 2025; Dialog macht Schule 2024; Palleit 2011; bbt 2025)*. Um politische Gleichstellung zu fördern und den demokratischen Anspruch einer teilhabenden postmigrantischen Gesellschaft einzulösen, werden niedrigschwellige Beteiligungsangebote, politische Bildung, parteiinterne Inklusionsstrategien, Antidiskriminierungsarbeit, Forschung und eine Stärkung migrantischer Organisationen empfohlen *(Wüst 2022; Dialog macht Schule 2024; Palleit 2011; bbt 2025)*.

Hier setzt die Arbeit der neuen deutschen organisationen (ndo) an. Das Netzwerk verbindet Organisationen, Initiativen und Akteur*innen nachfolgender Generationen von Menschen mit Migrationsgeschichte, die nicht selbst migriert sind, die politisch, kulturell oder gesellschaftlich

aktiv sind *(bpb 2025)*. In gemeinsamen Formaten (etwa in Austausch- und Netzwerkveranstaltungen wie dem ndo-Bundeskongress oder dem ndo-Salon) werden Erfahrungen in der politischen Arbeit, mit Hürden in Bewerbungsverfahren oder mit Ausschlussmechanismen sichtbar gemacht und politisiert. Die ndo schaffen Räume, in denen sich junge Menschen der zweiten und dritten Generation über Zugangswege in Strukturen, Gremien und Verwaltungen informieren, Strategien entwickeln und sich gegenseitig stärken *(bpb 2025; Waldmann 2021)*. Capacity-Building-Workshops, Mentoring und Qualifizierungsangebote vermitteln Wissen über Kampagnenführung, Mandatsarbeit und Medienkommunikation; die Mitglieder des ndo-Netzwerks werden dabei unterstützt, ihre Perspektive in programmatische Parteidebatten einzubringen, etwa durch Stellungnahmen oder Anhörungen (*Waldmann 2021; Stan 2025)*.

Die ndo fungieren so als kollektive Infrastruktur für politische Teilhabe in der postmigrantischen Gesellschaft und eröffnen den nachfolgenden Generationen von Menschen mit Migrationsgeschichte, die nicht selbst migriert sind Zugänge zu Ressourcen, Netzwerken und Öffentlichkeit. Damit tragen sie dazu bei, dass Politik und Institutionen langfristig die Vielfalt der Gesellschaft repräsentieren *(Waldmann 2021; Sönmez 2024)*. Bis dahin bleibt die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland eine vielschichtige Herausforderung, die institutionelle, soziale und kulturelle Dimensionen hat. Strukturelle Barrieren und ungleiche Voraussetzungen beeinträchtigen das Ideal politischer Gleichheit *(Wüst 2022; Mediendienst Integration 2025b; Arsu u. a. 2017; SVR 2021; Palleit 2011; bbt 2025)*.

Die ndo bietet eine kollektive Infrastruktur für politische Teilhabe in der postmigrantischen Gesellschaft.

4.3 Doppelt unsichtbar: Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland

Von Luisa Muhammad

Wenn in Wissenschaft und Forschung von der politischen Partizipation von Migrant*innen und von den Einflüssen von Migrant*innenorganisationen in Deutschland gesprochen wird, gelten diese Aussagen in der Regel nur für Westdeutschland. Denn die Migrationsgeschichte sowie der Anteil von migrantischen und migrantisierten Menschen sind in den neuen Bundesländern anders. Die Migrationsforschung bezog sich lange Zeit nur auf Westdeutschland, ohne dass dies benannt oder kenntlich gemacht worden wäre *(Roth 2018, 645)*. Damit sind Menschen mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland doppelt unsichtbar: als Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland und als Bürger*innen in Ostdeutschland.

Die Geschichte sowie der Anteil migrantischer Menschen sind in Ostdeutschland anders.

Während die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (BRD) seit Beginn von Zuwanderung geprägt war, war die der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von Abwanderung geprägt. Zwar gab es eine zeitweilige Öffnung in Richtung der „Bruderstaaten" in Osteuropa, aber dies hatte kaum Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft in der DDR. Studierende und Auszubildende sowie politische Flüchtlinge wurden nur in geringer Zahl aufgenommen *(Weiss 2017, 69 f.)*. Die Aufnahme von Geflüchteten war politisch bedingt *(Weiss 2018, 126)*.

Erst in den 1980er-Jahren fand eine Migration in die DDR in größerem Umfang statt, nämlich durch Vertragsarbeiter*innen im Rahmen von Staatsverträgen mit Algerien, Angola, Kuba, Mosambik und Vietnam *(Weiss 2017, 69 f.)*. Die Arbeitsverträge wurden zwischen den Herkunftsstaaten und der DDR, nicht mit den Vertragsarbeiter*innen, geschlossen. In diesen bilateralen Verträgen war geregelt, welche Verdienstanteile die Beschäftigten direkt bekamen und welche erst nach der Rückkehr in ihr Heimatland ausgezahlt wurden; überdies wurde darin geregelt, ob ein Teil des Bruttoverdienstes und, wenn ja, wie viel davon direkt an die Regierungen der Herkunftsländer gezahlt wurde. Die Einwanderung basierte auf einem strengen Rotationssystem *(Bade/Oltmer 2004, 93 f.)*.

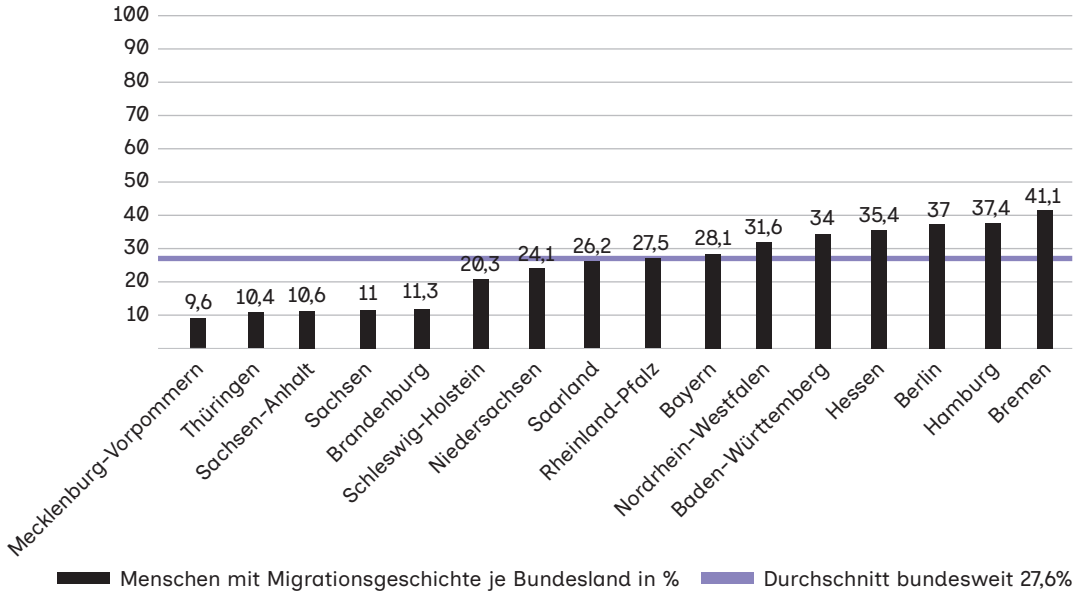
Die Zuwanderung in die DDR war auf einen temporären Aufenthalt ausgelegt; daher gab es keinen öffentlichen Diskurs

über Einwanderung, und Integration wurde nicht als gesellschaftliche Aufgabe gesehen *(Weiss 2018, 127)*. Unter dem Gesichtspunkt, dass Einwanderung temporär war und Selbstorganisationen von Migrant*innen untersagt waren, erscheint es überraschend, dass im März 1989 ein Wahlrecht für Ausländer*innen auf kommunaler Ebene erlassen wurde.

Ab März 1989 existierte ein Wahlrecht für Ausländer*innen auf kommunaler Ebene.

So erhielten Ausländer*innen, die über 18 Jahre alt waren und länger als sechs Monate in der Kommune gelebt hatten, das passive und aktive Wahlrecht. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts – das es bis heute für Drittstaatler*innen nicht gibt in der BRD – zeigte die Systemkonkurrenz zu Westdeutschland *(Bade/Oltmer 2004, 96)*.

Mit der Wende wurde das bundesdeutsche Ausländerrecht auch auf die Gebiete der ehemaligen DDR übertragen *(Weiss 2018, 129)*. So kamen neue Migrant*innengruppen in die neuen Bundesländer, meist über die Quotenregelung des Königsteiner Schlüssels. Vor allem Spätaussiedler*innen, Asylsuchende und Kontingentflüchtlinge wurden zugewiesen *(Sultan 2021)*. Bis heute erfolgt die Zuwanderung nach Ostdeutschland meist durch Zuweisung *(Weiss 2018, 129 f.)*. Die geringere Zuwanderung sowohl in der Vergangenheit als auch heute zeigt sich im Vergleich der Zahlen der neuen und der alten Bundesländer (siehe Abbildung 1). Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte



liegt laut dem „Integrationsmonitoring der Länder“ für die Jahre 2021 bis 2023 in den neuen Bundesländern zwischen 9,6% (Mecklenburg-Vorpommern) und 11,3% (Brandenburg), in den alten zwischen 20,3% und 41,1%; bundesweit liegt er bei 27,6% *(IntMK 2025, 17)*.

Der Unterschied in der Einwanderungsgeschichte der beiden Staaten zeigt sich auch in den Strukturen der Migrant*innenorganisationen. Deren Ursprünge in Ostdeutschland liegen in Vereinen, die ab 1990 in Zusammenarbeit mit ehemaligen DDR-Gruppenbetreuer*innen, kirchlichen Vertreter*innen und den neu eingesetzten Ausländerbeauftragten gegründet wurden *(Sultan 2021)*. Somit entstanden die ersten Vereine in Kooperation mit nicht migrantischen Deutschen und waren von einer partnerschaftlichen, gemeinsamen Arbeit geprägt. Aufgrund dessen waren diese frühen Vereine oft in deutschen Dachorganisationen eingebettet – und nicht im Zentralregister der ausländischen Vereine gelistet *(Weiss 2018, 139 f.)*. Ihr Ziel war meist, die Lebenssituationen der Menschen mit Migrationsgeschichte zu verbessern und gegen die aufkommende Welle rechter Gewalt zu kämpfen *(Sultan 2021)*. So wurden bereits in den frühen 1990er-Jahren Vereine wie Diên Hông – Gemeinsam unter einem Dach oder Ausländerrat Dresden gegründet. Dies geschah teilweise als Reaktion auf den zunehmenden Rassismus, rassistische Angriffe und Ermordungen und mit dem Ziel, etwas gegen die – wie es damals hieß – Ausländerfeindlichkeit zu unternehmen. Die beiden besagten Vereine wurden gemeinsam von Zugewanderten und nicht migrantischen Deutschen gegründet *(ebd.)*. Anfangs beschäftigten sich solche Vereine auch damit, die Bleiberechte der ehemaligen Vertragsarbeiter*innen durchzusetzen; diese hatten mit der Wende Wohnung und Arbeit verloren und waren aufgrund fehlender Hilfe auf sich selbst gestellt *(Weiss 2018, 140)*.

Migrant*innenorganisationen entstanden auch als Reaktion auf den zunehmenden Rassismus, rassistische Angriffe und Ermordungen.

Die Ziele und Funktionen der Vereine wandelten sich mit der sozialen Stabilisierung der Zugewanderten. Als deren politische Vertretung sehen sie sich jedoch auch heute, und nach wie vor übernehmen sie Betreuungs- und Beratungsaufgaben *(ebd.)*. Eine Besonderheit der Vereine in den neuen Bundesländern ist ihre Heterogenität: Das Verbindende ist die gemeinsame Lebenssituation, nicht die Herkunft – was an der geringen Gesamtzahl der

Menschen mit Migrationshintergrund liegen kann *(ebd.)*. Gemeinsame Problemlagen führten zudem zu weitergehenden Vernetzungen. So gibt es herkunftsübergreifende Dachverbände wie das 2009 gegründete Landesnetzwerk Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA); heute existieren in allen fünf Bundesländern Landesnetzwerke, übergeordnet seit 2018 der Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst). DaMOst vernetzt und empowert (post)migrantische und rassifizierte Communitys in ganz Ostdeutschland, indem er unsichtbar machende, diskriminierende und verdrängende Strukturen offenlegt, kritisiert und bekämpft. Dies geschieht, indem rassismuskritische (Repräsentanz- und Bildungs-)Räume sowie soziale und politische Teilhabe geschaffen werden.

Eine Besonderheit der Vereine in den neuen Bundesländern ist ihre Heterogenität – das Verbindende ist die gemeinsame Lebenssituation, nicht die Herkunft.

Die Studie „REPCHANCE“ *(Bergmann et al. 2024)* zeigt, wie stark Menschen mit Migrationsgeschichte in der Politik unterrepräsentiert sind (Daten bis: 31.12.2021). Unterrepräsentation ist deutschlandweit ein Problem, doch der Ost-West-Unterschied ist markant, zumindest auf den ersten Blick: In Berlin, Hamburg, Bremen haben 18,9% der Abgeordneten eine Migrationsgeschichte, in westdeutschen Flächenländern 6%, in Ostdeutschland 1,5% (7 von 437). Berücksichtigt man jedoch die geringe Zahl Wahlberechtigter mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland, relativieren sich die niedrigen Anteile; sie sind nur leicht unterdurchschnittlich *(Bergmann et al. 2024, 32 f.)*. Bei den Bundestagswahlen 2025 kamen von 73 Abgeordneten mit Migrationsgeschichte nur 4 aus den neuen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern: 1; Sachsen: 3; Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg: 0) *(Mediendienst Integration 2025d)*. 2023 hatten bundesweit 12,1% der Wahlberechtigten eine Migrationsgeschichte, in Ostdeutschland jedoch nur 2,2% (Brandenburg) bis 3,3% (Thüringen); im Vergleich dazu lag der Anteil in Bremen bei 20,1%, in Hamburg bei 18,6% *(IntMK 2025, 26)*. Neben der unzureichenden Vertretung von Menschen mit Migrationsgeschichte sind auch Ostdeutsche im Bundestag unterrepräsentiert. Der Anteil ostdeutscher Personen in Führungs- und Regierungspositionen liegt unter ihrem Bevölkerungsanteil von 20%: Unter Merkel lag er bei 15%, unter Scholz bei 13,2%, unter Merz bei 10,7% – ein historischer Tiefstand (Deutscher Bundestag 2025).

DaMOst vernetzt und empowert (post)migrantische und rassifizierte Communitys in ganz Ostdeutschland

Die anhaltende Repräsentationslücke ist teils eine Folge des Elitentransfers der 1990er-Jahre, bei dem Führungspositionen im Osten mit Westdeutschen besetzt wurden. Auch heute sind die Leitungen von Bundesuniversitäten und Ressortforschungseinrichtungen alle ausschließlich mit Westdeutschen besetzt; dasselbe gilt hinsichtlich der Präsident*innen der Bundesgerichte. Die Ungleichheit zeigt sich auch in der Wahrnehmung: 2023 fühlten sich 50% der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse *(Deutscher Bundestag 2025)*. Die DeZIM-Studie „Ost-Migrantische Analogien I“ verglich Diskriminierungserfahrungen von Ostdeutschen und Muslim*innen: Beide erleben durch Westdeutsche ähnliche Abwertungen, werden stereotypisiert und als „nicht ganz angekommen“ wahrgenommen. Viele Ostdeutsche fühlen sich wie Muslim*innen durch strukturelle Barrieren benachteiligt; Westdeutsche verdrängen dies oft *(Foroutan et al. 2019, 37)*.

Wenngleich ihr Anteil unter den Abgeordneten wächst (Bergmann et al. 2024, 31), bleibt die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland gering. Deshalb bleibt es wichtig, deren Sichtbarkeit und Repräsentation zu fördern.

4.4 Vermeintliche Privilegien, reale Mauern. Die polnische Community in Deutschland.

Von Joanna Szymanska-Bica

Die polnische Community in Deutschland steht exemplarisch für die Ambivalenzen des europäischen Integrationsprojekts. Sie fungiert als ein zugleich positives wie warnendes Modell für andere EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Polen *(Malchow/Schöll-Mazurek 2020)*. Im öffentlichen Diskurs gelten Pol*innen in Deutschland entweder als „besonders gut integriert“ *(Landesregierung NRW 2025)* oder als „unsichtbar“ *(Loew 2017)*.

EU-Bürger*innen sind einerseits privilegiert, andererseits stoßen sie auf strukturelle Hürden.

Wie auch andere EU-Bürger*innen profitieren Pol*innen einerseits von Privilegien, andererseits stoßen sie auf strukturelle Hürden sozialer und politischer Teilhabe. In der Regel betrachten sich EU-Bürger*innen in Deutschland nicht als Gruppe mit besonderem Integrationsbedarf, das gilt auch für Pol*innen; Freizügigkeit und Arbeitsmarktzugang werden von ihnen als Privilegien wahrgenommen. Das führt zur Annahme, die aktive gesellschaftliche und politische Teilhabe sei entbehrlich *(Malchow/Schöll-Mazurek 2020)*. In der öffentlichen Wahrnehmung sind Pol*innen bzw. EU-Bürger*innen allgemein kaum präsent, während zugleich in der jeweiligen Sprachgruppe parallele Lebenswelten entstehen – und einer breiten Teilhabe entgegenstehen. Die geringe Sichtbarkeit kann bis zur offenen Diskriminierung führen *(Alagöz-Gessler et al. 2026)*. Der Kontrast zwischen Polens internationalem Ansehen und der EU-Binnenrealität ist groß: „Polnische Wirtschaft“ steht heute für Aufstieg und Erfolg, international gilt Polen als gleichberechtigter Partner, und der polnische Pass rangiert vor dem der USA unter den zehn begehrtesten *(Polskie Radio 2025)*; dieses Ansehen spiegelt sich jedoch nicht in der gesellschaftspolitischen Stellung polnischer EU-Binnenmigrant*innen. Um die Diskriminierung und Ausgrenzung gegenüber Osteuropäer*innen zu analysieren, gewinnt jüngst der Begriff Antislawismus an Resonanz *(Panagiotidis/Petersen 2025)*. Die wachsende Bedeutung des Begriffs verweist darauf, dass rassistische Strukturen auch Personen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung als „weiß“, betreffen. Historisch gewachsene Formen der Ausbeutung und Entmenschlichung wirken bis in die Gegenwart fort und äußern sich in persistierenden Stereotypen über „arme“ und „rückständige“ Osteuropäer*innen. Darüber hinaus manifestiert sich Anti-

slawismus in sprachlicher Ausgrenzung, etwa durch die Abwertung von Akzenten, sprachlichen Unsicherheiten oder der Verwendung der Herkunftssprache. Der Begriff fungiert somit als analytische Kategorie, die materielle, symbolische und sprachliche Dimensionen dieser Ausschlüsse zusammenführt und deren Einordnung als spezifische Form von Rassismus ermöglicht *(Leko et al. 2025)*.

Rassistische Strukturen betreffen auch Personen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung als „weiß“.

Seit dem EU-Beitritt 2004 und der vollständigen Öffnung des Arbeitsmarkts 2011 leben Pol*innen in Deutschland in einem Spannungsfeld zwischen Privilegierung und Ausgrenzung. Zentral für die polnische Gemeinschaft in Deutschland ist der „deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ von 1991: Er begründete eine neue Ordnung nach der Transformation und der Wiedervereinigung, schuf ein Fundament für die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und markierte Fortschritte bei Versöhnung und Partnerschaft *(Bundesrepublik Deutschland und Republik Polen 1991)*. Dieser Vertrag und die Ergebnisse des deutsch-polnischen Runden Tisches im Jahr 2011 definieren bis heute die Rahmenbedingungen und Mittel. Obwohl der Vertrag eine weitergehende Teilhabe intendierte, wird die Polonia oft auf Sprache, Tradition und Kulturpflege reduziert.

Seit 2011 ziehen jährlich Zehntausende Pol*innen nach Deutschland; der Höchststand lag bei circa 100 000 Zuzügen im Jahr 2015. Ende 2015 lebten 741 000 polnische Staatsangehörige und 1,7 Millionen Menschen mit polnischem Migrationshintergrund in Deutschland *(Loew 2017; Mediendienst Integration 2023)*. Die deutsch-polnische Grenzregion ist von Kurzzeit- und Rotationsmigration geprägt. 2024/25 kehrten erstmals seit 1999 mehr Pol*innen zurück als neu zuzogen; die Bilanz war um rund 12 000 negativ *(DWN 2025)*. Gründe sind bessere Chancen in Polen sowie Bürokratie, arbeitsmarktbezogene Hürden und eine oft fehlende „Willkommenskultur“ in Deutschland *(Malchow/Schöll-Mazurek 2020; Mediendienst Integration 2025c)*. Die in Art. 45 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) verankerte Freizügigkeit, gestärkt durch die Richtlinie 2014/54/EU, soll ein gemeinsames europäisches Lebensgefühl fördern; Bildung und Beruf

seien durch strukturelle Integration zu erschließen *(BAMF 2023)*. Gleichwohl bleibt die gesellschaftliche und politische Partizipation eingeschränkt. Trotz formaler Rechte, einschließlich kommunaler Wahlrechte, stoßen EU-Bürger*innen auf soziale, sprachliche und institutionelle Barrieren *(Alagöz-Gessler et al. 2026)*. Die Freizügigkeit bringt Vorteile, garantiert aber keinen automatischen Zugang zu politischen und gesellschaftlichen Ressourcen *(Schöll-Mazurek/Szymanska-Bica/Socha 2024)*.

2024/25 kehrten erstmals seit 1999 mehr Pol*innen zurück als neu zuzogen.

Entscheidend sind zum einen Sprachkenntnisse: Fehlende Deutschkenntnisse behindern den Zugang zu Arbeit, Bildung und politischer Teilhabe. Ein gesetzlicher Anspruch auf Integrationskurse besteht für EU-Bürger*innen nicht, die Kurse sind fakultativ *(BAMF 2025)*. Berufsbezogene Sprachkurse werden selten genutzt, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die Arbeits- und Integrationsberatung wenig in Anspruch genommen wird *(Schöll-Mazurek/Szymanska-Bica/Socha 2024)*. Informationen liegen häufiger auf Türkisch, Englisch, Russisch, Arabisch und Französisch als auf Polnisch oder Rumänisch vor *(siehe z. B.: BAMF 2025)*. Zum anderen ist die Anerkennung von Abschlüssen ein Schlüsselfaktor. Bürokratische Komplexität, lange Bearbeitungszeiten und intransparente Kriterien benachteiligen insbesondere reglementierte Berufe wie Pflege oder Erziehung *(Schultz/Mecke 2024; Wüst 2024a; Malchow/Schöll-Mazurek 2020)*. Potenziale bleiben ungenutzt; viele arbeiten in schlecht bezahlten Positionen oder führen Helfertätigkeiten aus *(Graf 2023; Alagöz-Gessler et al. 2026)*. Strukturelle Barrieren begrenzen den Aufstieg und die politische Teilhabe. Zwar steigt die Zahl der politisch Aktiven mit polnischem Hintergrund in den Integrationsräten *(WDR COSMO 2025)*, doch deren Profile sind stark auf Drittstaatsangehörige ausgerichtet; Anliegen von EU-Bürger*innen geraten in den Hintergrund.

Freizügigkeit bringt Vorteile, aber keine Garantie für den Zugang zu Ressourcen.

Erforderlich sind eine systematische, bedarfsorientierte Sprachförderung und Weiterbildung sowie gezielte Programme zur Anerkennung europäischer Abschlüsse, besonders für bereits in Deutschland lebende und arbeitende Personen. Bund, Länder und Kommunen – auch in bilateraler deutsch-polnischer Zusammenarbeit – sollten auf diesem Wege dafür sorgen, dass sich das demokratische und gesellschaftliche Potenzial der EU-Bürger*innen

entfalten kann. Politische Teilhabe und soziale Integration sind Grundvoraussetzungen einer lebendigen Demokratie. Freizügigkeit gründet nicht nur auf Arbeitsmarktzugang (Art. 45 AEUV), sondern auch auf europäischer Bürgerschaft, gemeinsamen Werten und Verantwortung *(Art. 9, 20 AEUV; Kovacheva/Cyrus 2022)*: Sie impliziert eine gemeinsame Verantwortung für demokratische Prozesse, Integration und sozioökonomischen Erfolg, auf nationaler wie europäischer Ebene.

Freizügigkeit impliziert eine gemeinsame Verantwortung für demokratische Prozesse.

Zu beobachten ist aber auch, dass eine wachsende Zahl von Menschen mit Migrationsgeschichte, darunter Pol*innen, eine Affinität zu undemokratischen Strukturen zeigt und diese unter anderem in den Integrationsräten repräsentiert *(Hirndorf 2025)*.

Der PSR verknüpft das Thema Migration mit der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Der Polnische Sozialrat (PSR) vertritt bundesweit die Interessen von EU-Bürger*innen mit Schwerpunkt auf zentral- und osteuropäischen Communitys. Gegründet 1982, zählt er zu den ältesten polnischen Migrant*innenorganisationen in Deutschland, mit Fokus auf Integration. Neben der Interessenvertretung, die auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung abzielt, bietet der PSR soziale und Migrationsberatung an und setzt verschiedene Projekte um. Er arbeitet intersektional und solidarisch in multiethnischen Gremien. Dabei verknüpft er das Thema Migration mit der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und arbeitet eng mit Institutionen in den Feldern Arbeitsmarkt, Bildung und soziale Inklusion zusammen.

4.5 Politische Sichtbarkeit russischsprachiger Communitys in Zeiten globaler Konflikte

Von Mahkam Hamid

Mit etwa 4,7 Millionen Menschen bilden Personen mit einer Migrationsgeschichte, die in die unabhängigen Länder der ehemaligen Sowjetunion reicht, eine große Bevölkerungsgruppe in Deutschland; darunter sind 2,7 Millionen Spätaussiedler*innen, rund 220 000 jüdische Kontingentflüchtlinge, und zuletzt flohen viele aus der Ukraine *(Mediendienst Integration 2025a; Panagiotidis 2021)*.

Es gibt nicht *die eine* russischsprachige Community, sondern eine Vielzahl mit je eigenen Realitäten.

Spätestens seit der russischen Vollinvasion gegen die Ukraine mussten die russischsprachigen Communitys ihre Stellung in der deutschen Gesellschaft neu verhandeln und ihre politischen Positionen neu bestimmen. Viele stehen vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits gilt es, sich von der politischen Instrumentalisierung und Propaganda aus Russland abzugrenzen, andererseits möchte man innerhalb der deutschen Gesellschaft realistisch als vielfältige, plurale Gruppe wahrgenommen werden. Anders als in der deutschen Mehrheitsgesellschaft oft angenommen, existiert nämlich nicht die eine russischsprachige Community, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Communitys mit je eigenen sozialen, kulturellen und politischen Realitäten *(Schneider 2022)*. Diese Communitys setzen sich aus Menschen mit unterschiedlichen biografischen Hintergründen, Migrationserfahrungen und nationalen, kulturellen und religiösen Identitäten zusammen, die durch Sprache und geteilte Migrationsgeschichten lose verbunden sind. Dennoch erleben viele, dass sie in der Öffentlichkeit häufig pauschal als „Russen“ wahrgenommen werden – unabhängig davon, ob sie sich selbst so definieren. Besonders für russischsprachige Ukrainer*innen, die seit dem Beginn der russischen Vollinvasion gegen die Ukraine im Februar 2022 in großer Zahl Schutz in Deutschland suchen, ist diese Fremdzuschreibung eine schmerzliche Erfahrung. Sie zeigt, wie wenig differenziert die deutsche Gesellschaft oft auf die komplexe Realität der Migration aus den unabhängigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion blickt.

Viele Menschen mit russischsprachigem Hintergrund sehen sich mit strukturellen Hürden konfrontiert, wenn es um politische Teilhabe geht. Eine fehlende deutsche Staatsangehörigkeit, mangelnde Informationen über Kandidaturmöglichkeiten, unklare Wege in die politischen Institutionen oder schlicht ein Mangel an Zugängen zu

Netzwerken erschweren das Engagement. Hinzu kommen intersektionale Faktoren wie sozioökonomische Unsicherheiten, Sprachbarrieren oder Diskriminierungserfahrungen, die sich gegenseitig verstärken. Politische Sichtbarkeit entsteht daher nicht von alleine, sondern muss aktiv erarbeitet werden – durch Bildungsangebote, Empowerment-Formate und sichtbare Repräsentationen.

Der BVRE zeigt wie Community-Strukturen gesellschaftliche Spannungen abfangen und demokratische Kommunikation aufrechterhalten.

Genau hier setzen viele Initiativen und zivilgesellschaftliche Netzwerke an, darunter auch der Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE). Der BVRE arbeitet bundesweit mit zahlreichen Organisationen zusammen, um Informations- und Beteiligungsstrukturen zu schaffen. In Sachen Partizipation fungiert er als Brückenbauer: Er schafft Räume, in denen russischsprachige Menschen ihre Perspektiven artikulieren, sich weiterbilden und austauschen können – eine Grundlage, um langfristig das politische Selbstbewusstsein und die Partizipation zu fördern. Der Verband positioniert sich klar gegen den russischen Imperialismus und die damit verbundene Desinformation; seine Unterstützung für Ukrainer*innen zeigt er nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Mit seinen Bildungsangeboten und Diskussionsforen ermöglicht er, dass Konflikte offen angesprochen werden können, ohne dass Menschen in vereinfachende Identitätskategorien gedrängt würden. Diese Arbeit ist ein Beispiel dafür, wie Community-Strukturen dabei helfen, gesellschaftliche Spannungen abzufangen und eine demokratische Kommunikation aufrechtzuerhalten.

Ein besonders sichtbarer Beitrag zur politischen Bildung und Sichtbarkeit der jüngeren Generation ist das Jugendforum, das jährlich vom BVRE organisiert wird. Hier kommen junge Menschen mit russischsprachigem Hintergrund zusammen, um über Demokratie, Mitbestimmung und Repräsentation zu sprechen. Sie lernen, wie politische Prozesse in Deutschland funktionieren, was Engagement auf kommunaler Ebene bedeutet und wie man eigene Themen in den politischen Diskurs einbringt. Diese Formate fördern nicht nur Wissen, sondern auch Selbstwirksamkeit – ein entscheidender Schritt, um aus passiven Beobachter*innen aktive Mitgestalter*innen zu machen. Ergänzend dazu setzt der BVRE auf digitale Öffentlichkeitsarbeit: Mit Projekten wie der Jugendredaktion Besedka und über soziale Netzwerke wie Tiktok und Instagram werden Themen

politischer Bildung und die Möglichkeiten der politischen Teilhabe vermittelt. Hier bilden sich neue Narrative und Stimmen aus den Communitys heraus, die zeigen, dass russischsprachige Jugendliche keine homogene Gruppe sind, sondern vielfältige Perspektiven, Identitäten und Haltungen haben und vertreten.

In den russischsprachigen Communitys in Deutschland beginnen sich dekoloniale Diskurse durchzusetzen.

Ein wichtiger Aspekt in den Post-Ost-Communitys ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte im Sinne einer Dekolonialisierung *(Frysztacka 2025)*. Diese Perspektive fordert eine kritische Reflexion über Macht- und Identitätsverhältnisse, die aus dem sowjetischen Erbe und dem russischen Imperialismus resultieren – und Konflikte bis in die Gegenwart prägen. Sie hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen, insbesondere seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland, dem Krieg im Osten der Ukraine in 2014 sowie der russischen Vollinvasion gegen die Ukraine im Februar 2022. Auch in den russischsprachigen Communitys in Deutschland beginnen sich dekoloniale Diskurse durchzusetzen. Es geht um die Anerkennung unterschiedlicher Erfahrungen der Herkunft und Zugehörigkeit – russischer, ukrainischer, belarussischer, kasachischer, jüdischer, deutscher – und darum, diese Vielstimmigkeit sichtbar zu machen. Solche Prozesse der Selbstreflexion und Differenzierung sind entscheidend, um aus einer postmigrantischen Perspektive heraus langfristig eine politische Sichtbarkeit zu schaffen, die nicht von außen definiert, sondern von innen getragen wird.

Die politische Sichtbarkeit der russischsprachigen Communitys in Deutschland befindet sich somit in einem Transformationsprozess: Sie entwickelt sich in den Spannungsfeldern zwischen Selbstbehauptung und öffentlicher Wahrnehmung und zwischen der Notwendigkeit, sich von autoritären Ideologien abzugrenzen, und dem Wunsch, als Teil der demokratischen Gesellschaft anerkannt zu werden. Projekte der politischen Bildung, der Jugendförderung, der Medienarbeit und der dekolonialen Reflexion zeigen, dass diese Communitys über das Potenzial verfügen, einen Weg der politischen Teilhabe in Vielfalt zu finden. Entscheidend wird sein, ob diese Bemühungen von der Mehrheitsgesellschaft als konstruktiver Beitrag verstanden und unterstützt werden. **Politische Sichtbarkeit ist keine Einbahnstraße – sie verlangt Dialog, Offenheit und gegenseitige Anerkennung. Nur so kann aus einer sprachlich, kulturell und historisch komplexen Gemeinschaft ein sichtbarer Teil der pluralen Demokratie werden.**

4.6 Politische Partizipation der Communitys mit Türkeibezug – 60 Jahre nach dem Anwerbeabkommen

Von Aziz Dziri

Zentrale Erkenntnisse

Die politische Teilhabe von Menschen mit Türkeibezug ist ein wichtiger Indikator für den Zustand der deutschen Einwanderungsdemokratie. Aus der Analyse lassen sich mehrere zentrale Erkenntnisse ableiten:

- **Vergleichsweise hohe politische Beteiligung:** Aufgrund ihrer langen Einwanderungsgeschichte und einer starken Organisationsstruktur sind Menschen mit Türkeibezug in politischen Institutionen sichtbarer vertreten als viele andere migrantische Gruppen *(Usulcan/Sauer 2020; Öner 2014)*.

- **Bedeutung zivilgesellschaftlicher Netzwerke:** Migrantische Organisationen und lokale Initiativen haben über Jahrzehnte hinweg wichtige Räume politischer Teilhabe, Interessenvertretung und Willensbildung geschaffen *(Priemer/Schmidt 2018)*.

- **Fortbestehende strukturelle Hürden:** Trotz dieser Fortschritte bestehen weiterhin Barrieren – etwa bei parteiinternen Auswahlprozessen, beim Zugang zu Ressourcen oder in der öffentlichen Wahrnehmung politischer Akteur*innen mit Migrationsgeschichte (*Bergmann et al. 2024; Blätte et al. 2023)*.

- **Einfluss transnationaler Debatten:** Diskussionen über politische Entwicklungen in der Türkei prägen teilweise die öffentliche Wahrnehmung der Community und können die politische Teilhabe indirekt beeinflussen *(Adar 2020; Aydın 2016)*.

Teilhabe von Menschen mit Türkeibezug ist Gradmesser für die deutsche Einwanderungsdemokratie.

Einleitung: Politische Teilhabe als Gradmesser demokratischer Integration

Seit dem Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei im Jahr 1961 hat sich die türkeistämmige Bevölkerung zu einer der größten migrantischen Communitys in Deutschland entwickelt. Heute leben rund drei Millionen Menschen mit Türkeibezug im Land *(Statistisches Bundesamt 2024)*. Die Community ist keineswegs homogen. Sie umfasst Gruppen mit unterschiedlichen ethnischen, religiösen und politischen Hintergründen – darunter kurdische, arabische oder lasische Gruppen sowie sunnitische, alevitische, christliche und säkulare Milieus *(Schürer 2018)*.

Vielfalt spiegelt sich auch in unterschiedlichen Generationserfahrungen wider. Während die ersten Generationen der Arbeitsmigration vor allem durch wirtschaftliche Motive geprägt waren, engagierten sich spätere Generationen zunehmend in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Politik *(ebd.)*. Vor einigen Jahren hat zudem eine neue Zuwanderungsphase begonnen: Seit etwa 2016 kommen verstärkt hochqualifizierte Fachkräfte, Wissenschaftler*innen und politisch Exilierte aus der Türkei nach Deutschland. Diese häufig als „New Wave" bezeichnete Migration prägt insbesondere urbane Räume und erweitert bestehende Netzwerke der Community *(Adar 2020)*.

3 Milionen Menschen mit Türkeibezug sind nicht homogen.

Vor diesem Hintergrund ist die politische Teilhabe der Communitys mit Türkeibezug ein wichtiger Gradmesser für die demokratische Integration in der Einwanderungsgesellschaft.

Historische Entwicklung politischer Beteiligung

In den ersten Jahrzehnten der Arbeitsmigration war politische Partizipation für viele Menschen aus der Türkei nur eingeschränkt möglich. In den 1960er- und 1970er-Jahren dominierte die Vorstellung, dass es sich bei den sogenannten Gastarbeiter*innen um temporäre Arbeitskräfte handele *(Bade/Oltmer 2007)*. Politische Integration oder dauerhafte Beteiligung standen daher lange nicht im Mittelpunkt politischer Strategien.Erst mit zunehmenden Einbürgerungen sowie dem politischen Engagement der zweiten Generation entwickelten sich stärkere Formen politischer Beteiligung. Einen symbolischen Wendepunkt markierte der Einzug von Leyla Onur (SPD) und Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) in den Deutschen Bundestag im Jahr 1994 *(Mediendienst Integration 2025d)*.

Seitdem hat sich die politische Präsenz von Menschen mit Türkeibezug auf kommunaler, Landes- und Bundesebene kontinuierlich erweitert. Einen aktuellen Höhepunkt dieser Entwicklung markiert die Wahl von Cem Özdemir zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im Jahr 2026. Er wäre damit der erste Ministerpräsident in Deutschland mit türkischer Herkunft und steht exemplarisch für die gewachsene politische Repräsentation postmigrantischer Generationen *(Frankfurter Rundschau 2026)*. Parallel dazu entstand ein dichtes Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen, Bildungsinitiativen und migrantischer Verbände. Diese Organisationen fungieren bis heute als wichtige Räume politischer Sozialisation und tragen dazu bei,

demokratische Kompetenzen zu vermitteln und politische Beteiligung zu fördern *(Priemer/Schmidt 2018)*.

Politische Repräsentanz und Beteiligung heute

Die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland bleibt insgesamt weiterhin unterdurchschnittlich. Im Deutschen Bundestag liegt ihr Anteil derzeit bei rund 11,6%, während etwa 30% der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte haben *(Mediendienst Integration 2025d; Statistisches Bundesamt 2024)*. Für Menschen mit Türkeibezug stellt sich die Situation teilweise anders dar. Aufgrund ihrer langen Einwanderungsgeschichte und ihrer gewachsenen Organisationsstrukturen sind sie in politischen Institutionen vergleichsweise sichtbar vertreten *(Uslucan/Sauer 2020; Priemer/Schmidt 2018)*.

Ein Grund dafür liegt in der früh entstandenen politischen Infrastruktur der Communitiys mit Türkeibezug. Bereits früh bildeten sich zivilgesellschaftliche Organisationen, migrantische Verbände und politische Initiativen heraus, die bis heute zentrale Räume gesellschaftlicher Vernetzung und politischer Teilhabe darstellen *(Bundeszentrale für politische Bildung 2009)*. Historisch spielte auch die politische Sozialisation vieler Arbeitsmigrant*innen in Gewerkschaften eine Rolle. Dadurch entstanden früh Kontakte zu politischen Institutionen, insbesondere zu sozialdemokratischen Parteien *(Trede 2016)*. Inzwischen zeigt sich jedoch eine zunehmende politische Pluralisierung: Politische Präferenzen orientieren sich stärker an politischen Themenfeldern und gesellschaftlichen Fragen als an traditionellen Parteibindungen *(Aktürk 2010)*.

Gesellschaftlichen Fragen sind heute wichtiger als traditionelle Parteibindung.

Zivilgesellschaftliches Engagement als Motor politischer Teilhabe

Neben der parlamentarischen Politik spielt zivilgesellschaftliches Engagement eine zentrale Rolle für die politische Teilhabe der Communitys mit Türkeibezug. In vielen Städten engagieren sich Menschen mit Türkeibezug in Vereinen, migrantischen Selbstorganisationen, religiösen Gemeinden, Jugendinitiativen oder Bildungsprojekten *(Schührer 2018)*. Diese Aktivitäten reichen von politischer Bildungsarbeit über Integrations- und Beratungsangebote bis hin zu sozialem Engagement im Alltag – etwa bei der Unterstützung von Familien, bei Nachbarschaftsprojekten oder bei der Vermittlung zwischen Behörden und Bürger*innen *(ebd.)*.

Engagement ist wichtige Grundlage für demokratische Beteiligung.

Solche Formen des Engagements sind häufig weniger sichtbar als parlamentarische Mandate, bilden jedoch eine wichtige Grundlage demokratischer Beteiligung. Forschung zeigt, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten häufig eine weitergehende politische Partizipation bewirken und langfristig politische Karrieren ermöglichen können *(SVR 2020)*.

Strukturelle Hürden und gesellschaftliche Debatten

Trotz einer vergleichsweise hohen politischen Beteiligung bestehen weiterhin strukturelle Hindernisse. Dazu gehören unter anderem institutionelle Zugangshürden, begrenzte Ressourcen für politische Kampagnen sowie nachteilige parteiinterne Auswahlprozesse *(Bergmann et al. 2024)*.

Hinzu kommen gesellschaftliche Debatten, die politische Teilhabe beeinflussen können. Insbesondere Diskussionen über politische Entwicklungen in der Türkei oder zu Loyalitätsfragen prägen teilweise die öffentliche Wahrnehmung der Community *(Adar 2020; Aydın 2016)*. Solche Debatten können dazu führen, dass politische Positionen von Menschen mit Türkeibezug stärker entlang ihrer Herkunft interpretiert werden als entlang ihrer politischen Programme.

Gleichzeitig berichten viele politisch aktive Personen mit Migrationsgeschichte von Erfahrungen mit subtiler oder offener Diskriminierung in politischen Institutionen oder im öffentlichen Diskurs, was zusätzliche Hürden für politische Karrieren darstellen kann *(Bergmann et al. 2024)*.

Fazit

Die politische Teilhabe der Communitys mit Türkeibezug in Deutschland zeigt ein ambivalentes Bild. Einerseits bestehen weiterhin strukturelle Barrieren und gesellschaftliche Debatten, die politische Karrieren erschweren können. Andererseits weisen gerade diese Communitys aufgrund ihrer langen Einwanderungsgeschichte, ihrer dichten Organisationslandschaft und ihrer politischen Mobilisierung eine vergleichsweise hohe Beteiligung an politischen Prozessen auf.

Die Erfahrungen der vergangenen sechs Jahrzehnte zeigen damit exemplarisch, wie politische Teilhabe in einer pluralen Einwanderungsgesellschaft entstehen kann: durch Engagement, Organisation und den kontinuierlichen Ausbau demokratischer Teilhabemöglichkeiten.

5 Resümee

Von Aziz Dziri

Politische Teilhabe ist keine freiwillige Ergänzung, sondern Voraussetzung demokratischer Legitimität. Sie definiert die Demokratie in ihrem Kern. Dieses Dossier zeigt, dass in Deutschland eine strukturelle Schieflage zwischen der gesellschaftlichen Realität und der politischen Repräsentation besteht: Während über ein Viertel der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte haben, bleiben die Beteiligung und Sichtbarkeit dieser Communitys in politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen deutlich zurück. Diese Repräsentationslücke ist kein Randproblem, sondern ein demokratisches Defizit, das Vertrauen, Zugehörigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt.

Politische Teilhabe ist keine freiwillige Ergänzung, sondern Voraussetzung demokratischer Legitimität. Sie definiert die Demokratie in ihrem Kern.

Die Forschung ergibt, dass die Unterrepräsentation nicht an mangelndem Interesse oder Engagement liegt; vielmehr wirken rechtliche Ausschlüsse, institutionelle Routinen und informelle Machtstrukturen zusammen. Dazu gehört, dass politische Rechte an Staatsangehörigkeit gekoppelt und Integrations- und Migrationsbeiräte mit zu wenig Kompetenzen ausgestattet sind. In den Parteien hemmen exkludierende Parteikulturen und intransparente Listenaufstellungen die Teilhabe. Dazu kommen ungleiche Zugänge zu Ressourcen, Netzwerken und Medien. Diese Barrieren wirken und verstärken sich intersektional; das Dossier geht Zusammenhängen mit Rassismuserfahrungen, sozialer Lage, Geschlecht und regionalen Ungleichheiten nach.

Politische Teilhabe ist gestaltbar.

Der europäische Vergleich zeigt: Politische Teilhabe ist gestaltbar. Ein kommunales Wahlrecht, eine niedrigschwellige Einbürgerung und institutionalisierte Beteiligungsformate erleichtern die demokratische Anbindung; um wirken zu können, braucht es zusätzlich offene Parteistrukturen mit einer transparenten Auswahlpraxis und eine starke Zivilgesellschaft. Deutschland verharrt bislang in einem restriktiven Modell, das Zugänge verzögert und ungleich verteilt.

Community-spezifische Analysen verdeutlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Menschen mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland sind doppelt marginalisiert. EU-Binnenmigrant*innen gelten formal als privilegiert, bleiben politisch aber

oft unsichtbar. Russische Communitys stehen in Zeiten globaler Konflikte unter Rechtfertigungsdruck. Die türkeistämmige Community ist auf der Bundesebene sichtbarer geworden, vor allem auf der kommunalen und Landesebene bestehen Repräsentationslücken fort. Die nachfolgenden Generationen von Menschen mit Migrationsgeschichte und/ oder Rassismuserfahrung erleben, dass gesellschaftliche Verwurzelung keine gleichberechtigte Teilhabe garantiert.

Gemeinsam ist allen: Die politische Teilhabe scheitert nicht an einer fehlenden Bereitschaft, sondern an strukturell begrenzten Zugängen.

Gemeinsam ist allen: Die politische Teilhabe scheitert nicht an einer fehlenden Bereitschaft, sondern an strukturell begrenzten Zugängen. Zugleich zeigen die Analysen die Bedeutung (post)migrantischer Selbstorganisation auf. (Post) migrantische Organisationen leisten politische Bildungsarbeit, bündeln plurale Interessen, schaffen Repräsentationsräume und fungieren als Brücken zwischen Communitys, Politik und Verwaltung. Sie kompensieren strukturelle Ausschlüsse – verhindern können sie diese jedoch nicht.

Unterrepräsentation ist ein politischer Handlungsauftrag. Eine zukunftsfähige Demokratie erfordert den Abbau rechtlicher Barrieren, die Öffnung politischer Institutionen, transparente Beteiligungs- und Auswahlverfahren sowie die Stärkung (post)migrantischer Organisationen. Politische Teilhabe darf kein Privileg bleiben – sie ist ein demokratisches Recht und die gemeinsame Verantwortung von Staat, Parteien und Zivilgesellschaft.

Literaturverzeichnis

Adar, Sinem. 2020. *Rethinking Political Attitudes of Migrants from Turkey and Their Germany-Born Children.* Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019RP07.

Aktürk, Şener. 2010. *The Turkish Minority in German Politics: Trends, Diversification of Representation and Policy Implications.* Insight Turkey 12. https://www.insightturkey.com/articles/the-turkish-minority-in-german-politics-trends-diversification-of-representation-and-policy-implications.

Alagöz-Gessler, Helin, Bernhard Boockmann, Olesia Hausmann, Barbara Kiepenheuer-Drechsler, Frederik Knirsch, Wiebke Reyels, und Tobias Scheu. 2026. *Rechtlich gleichgestellt – praktisch benachteiligt? EU-Zugewanderte in Deutschland: Studie zu den Gründen für Zu- und Abwanderung.* Herausgegeben vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung. https://www.eu-gleichbehandlungsstelle.de/resource/blob/1818408/2408896/08e367192a839d4f429612b2b40cbff3/gruende-zu-und-abwanderung-data.pdf?download=1.

Arsu, Meltem, Laura Ballaschk, Maëlle Dubois et al. 2017. *Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft.* Herausgegeben von Christian Pfeffer-Hoffmann. (Reihe: Wahlverhalten und Partizipation, Nr. 28.) Mensch und Buch Verlag.

Aydın, Yaşar. 2016. *The Turkish Diaspora in Germany: Integration, Transnationalism, and Political Attitudes.* Migration Policy Institute. https://www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/TCM_Emigration-Germany-FINAL.pdf.

Bade, Klaus und Jochen Oltmer. 2004. *Normalfall Migration. Migration, Ausländerbeschäftigung und Asylpolitik in der DDR.* In Dossier Migration. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Bade, Klaus und Jochen Oltmer. 2007. In Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, herausgegeben von Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen und Jochen Oltmer, 141–170. Paderborn: Schöningh.

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2025. EU-Bürger. https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/Integrationskurse/TeilnahmeKosten/EU-Buerger/eu-buerger-node.html.

Başdinkçi, Burcu, Luisa Muhammad, Joanna Szymanska-Bica. 2026. *Politische Teilhabe im Europäischen Vergleich*, Kompetenzverbund für Vielfalt und Zusammenhalt. https://vielfalt-und-zusammenhalt.de/publikationen.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). 2023. *Freizügigkeitsmonitoring: Jahresbericht 2022*. BAMF. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2022.htm.

Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt). 2025. *Leitbild: Wofür stehen wir?* bbt. https://www.bundeselternnetzwerk.de/ueber-bbt/leitbild/.

Bergmann, Henning, Gözde Çelik und Andreas M. Wüst. 2024. *REPCHANCE – Bausteine einer chancengerechten politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte.* Von der Robert Bosch Stiftung gefördertes Forschungsprojekt der Hochschule München. https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2025-02/Studie-Repchance-Politiker-Migrationshintergrund.pdf.

Bergold-Caldwell, Denise. 2022. *Antirassistische Care-Politiken als Arbeit am Demokratischen. In Demokratie und Migration.* Herausgegeben von Julia Glathe und Laura Gorriahn. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

Best, Fabio, Jonas Köhler, Stefan Zimmermann u. a. 2025. *Factsheet – Welche Rolle spielte der Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2025?* Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/fis/publikation_pdf/FA-6271.pdf.

BGBl – Bundesgesetzblatt. 2024. *Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG)*, BGBl I Nr. 104 (26. März 2024).

Bieling, Hans-Jürgen und Nikolai Huke. 2021. *Gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation: Konflikte um Flucht aus demokratietheoretischer Perspektive.* In Edition Politik, Bd. 104. Herausgegeben von Samia Dinkelaker, Nikolai Huke und Olaf Tietje. Transcript.

Blätte, Andreas, Laura Dinnebier und Merve Schmitz-Vardar. 2023. *Vielfalt sucht Repräsentation. Amts- und Mandatsträger*innen in der Kommunalpolitik.* Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/2023-10/vielfalt-sucht-reprasentation_vielfaltsstudie-teil-3_0.pdf.

BMI – Bundesministerium des Innern und für Heimat. 2025. *Staatsangehörigkeitsrecht – Anwendungshinweise* (Stand: 2025).

Boll, Christina, Laura Castiglioni, Thomas Eichhorn u. a. 2022. *Arbeitsmarktintegration von Müttern mit Migrationshintergrund – Analyse der Maßnahmenerfolge des Bundesprogramms „Stark im Beruf“*. Deutsches Jugendinstitut (DJI). https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2022/DJI_32038_Stark-im-Beruf_BMFSFJ_Broschuere.pdf.

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung. 2025. *neue deutsche organisationen – das postmigrantische netzwerk e. V.* https://www.bpb.de/562588/neue-deutsche-organisationen-das-postmigrantische-netzwerk-e-v/.

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung. 2009. *Der transnationale Raum Deutschland–Türkei.* https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31736/der-transnationale-raum-deutschland-tuerkei/.

Bundesrepublik Deutschland und Republik Polen. 1991. *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Bonn, 17. Juni 1991.* Auswärtiges Amt. https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2466170/57020a2e3064c4f8b8785dbd3aced4d6/deutsch-polnischer-nachbarschaftsvertrag-data.pdf.

Bündnis 90/Die Grünen. 2020. *Das neue Grundsatzprogramm*. https://www.gruene.de/artikel/das-neue-grundsatzprogramm.

CDU. 2024. *Grundsatzprogramm – Beschluss des Bundesparteitags 2024*. https://www.cdu.de/app/uploads/2025/08/240507_CDU_GSP_2024_Beschluss_Parteitag.pdf.

Destatis – Statistisches Bundesamt. 2024. *Bevölkerung mit Migrationshintergrund.* https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/migrationshintergrund.html.

Deutscher Bundestag. 2025. *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ina Latendorf, Sören Pellmann, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke – Repräsentationslücke Ostdeutscher.* Drucksache 21/727, 21. Wahlperiode, 30. Juni 2025.

DeZIM – Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. 2023. *Politische (Un-)Gleichheit in der postmigrantischen Demokratie.* (Projektbeschreibung.) https://www.dezim-institut.de/projekte/politische-un-gleichheit-in-der-postmigrantischen-demokratie-7-19/.

Dialog macht Schule. 2024. *Zugehörigkeit in der Migrationsgesellschaft.* https://dialogmachtschule.de/wp-content/uploads/Zugehoerigkeit_in_der_Migrationsgesellschaft.pdf.

Die Linke. Ohne Jahr. *Demokratie – Für ein Land in dem alle mitbestimmen können.* https://www.die-linke.de/themen/demokratie/.

DWN – Deutsche Wirtschafts Nachrichten. 2025. *Abwanderung Arbeitsmarkt: Polnische Fachkräfte verlassen Deutschland.* https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/716523/abwanderung-arbeitsmarkt-polnische-fachkraefte-verlassen-deutschland.

El-Mafaalani, Aladin. 2023. *Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantisierten.* In Handbuch Diskriminierung. Herausgegeben von Albert Scherr, Anna Cornelia Reinhardt und Aladin El-Mafaalani. Springer Fachmedien Wiesbaden.

Foroutan, Naika. 2022. *Das postmigrantische Paradigma: Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse in pluralen Demokratien. In Jenseits der Migrantologie: Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven der Migrationsforschung.* Herausgegeben von Wiebke Sievers, Rainer Bauböck, Ivan Josipovic, Dženeta Karabegović und Kyoko Shinozaki. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Foroutan, Naika. 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie.* (Reihe: X-Texte zu Kultur und Gesellschaft.) Transcript.

Foroutan, Naika und Frank Kalter. 2021. *Integration. In Begriffe der Gegenwart.* Herausgegeben von Brigitta Schmidt-Lauber und Manuel Liebig. Böhlau Verlag.

Foroutan, Naika, Frank Kalter, Coşkun Canan und Mara Simon. 2019. *Ost-Migrantische Analogien I: Konkurrenz um Anerkennung.* Unter Mitarbeit von Daniel Kubiak und Sabrina Zajak. DeZIM-Institut.

Frankfurter Rundschau. 2026. *Özdemir fast am Ziel – Grüne und CDU einigen sich auf Koalition.* https://www.fr.de/politik/oezdemir-fast-am-ziel-gruene-und-cdu-einigen-sich-auf-koalition-zr-94288033.html.

Freuwört, Anke. 2025. *AusländerBYE(?)räte und Integrationskommissionen – Politische Neupositionierung zu Migration? In Migration und Konflikt.* Herausgegeben von Norbert Kersting, Julian David Müller und Uwe Hunger. (Reihe: Studien zur Migrations- und Integrationspolitik.) Springer Fachmedien Wiesbaden.

Fritzsche, Stephanie Eva. 2025. *Gefährliche Rechts-Erfolge drohen: Politologe rügt CDU-Fehler – „Zahlt eher auf das Konto der AfD“.* Frankfurter Rundschau, 31.12.2025, https://www.fr.de/politik/der-afd-politologe-enthuellt-cdu-fehler-zahlt-auf-das-konto-zr-94101145.html.

Frysztacka, Clara M. 2025. *Der postkoloniale Blick auf das östliche Europa. Geschichte und Gegenwart eines erfolgreichen Ansatzes.* In: Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa. https://www.copernico.eu/de/link/67bd8f642d4d35.85844740.

Geißler, Rainer. 2009. *Mediale Integration von ethnischen Minderheiten.* Friedrich-Ebert-Stiftung. https://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/geissler/wiso-diskurs.pdf.

Glathe, Julia und Laura Gorriahn. 2022. *Demokratie und Migration: Konflikte um Migration und Grenzziehungen in der Demokratie.* Nomos.

Graf, Johannes. 2023. *Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland: Jahresbericht 2022.* Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. https://doi.org/10.48570/bamf.fz.bericht.r2.deutsch.2023.freizueg.jb.2022.1.0.

Hirndorf, Dominik. 2025. *Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund.* Konrad-Adenauer-Stiftung, https://www.kas.de/documents/d/guest/monitor_wahlverhalten-von-menschen-mit-migrationshintergrund.

Horvath, Kenneth. 2017. *Migrationshintergrund. In Bildung und Teilhabe.* Herausgegeben von Ingrid Miethe, Anja Tervooren und Norbert Ricken. Springer Fachmedien Wiesbaden.

IntMK – Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring" der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder. 2025. *Achter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder. Berichtsjahre 2021–2023 und Bund-Länder-Integrationsbarometer 2024.* Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK). https://www.integrationsmonitoring-laender.de/documents/integrationsbericht-2025-korr-4-clean-dnk182d-1745314676_1745315369.pdf.

Kersting, Norbert, Maria Budnik, Annegret Haase, Christoph Hedtke und Alexander Krahmer. 2022. *Migrationsbeiräte und demokratische Regression? Akteure, Konflikte und Repräsentation im Vergleich*. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 16 (1): 101–126.

Kovacheva, Vesela und Norbert Cyrus. 2022. *Unterstützungsbedarfe für EU-Bürger*innen in prekären Lebenslagen in Hamburg*. Diakonisches Werk Hamburg. https://www.diakonie-hamburg.de/export/sites/diakonie/.galleries/downloads/Fachbereiche/WD/2022-08-08-Studie_alle-4-Teile_db_081231.pdf.

Kuner, Lisa. 2024. *Vor hohen Mauern – warum der Zugang zur Politik für Menschen mit Migrationshintergrund noch immer schwierig ist.* Robert Bosch Stiftung, https://www.bosch-stiftung.de/de/ekin-deligoez-repchance.

Koopmans, Ruud. 2017. *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration.* (Reihe: Migration, Band 4.) LIT.

Landesregierung NRW. 2025. *Landesregierung gratuliert zum Polonia-Tag: Die Integration der Polen ist eine Erfolgsgeschichte.* (Pressemitteilung.) https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesregierung-gratuliert-zum-polonia-tag-die-integration-der-polen-ist-eine.

Leko, Jure, Aleksandra Lewicki, Jannis Panagiotidis und Hans-Christian Petersen. 2025. *Diskriminierung von Menschen aus dem östlichen Europa – Das Jobcenter als Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat.* Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/studie_jobcenter.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Loew, Peter Oliver. 2017. *Unsichtbar? Polinnen und Polen in Deutschland – die zweitgrößte Zuwanderergruppe.* Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/256398/unsichtbar-polinnen-und-polen-in-deutschland-die-zweitgroesste-zuwanderergruppe/.

Malchow, Erik und Kamila Schöll-Mazurek. 2020. *Ein europäisches Problem: Unsichtbare Diskriminierung von Pol*innen in Deutschland.* Polnischer Sozialrat. https://polskarada.de/wp-content/uploads/2021/05/Ein-europ%C3%A4isches-Problem-v1.5_26042021-1-1.pdf.

Mansour, Ahmad. 2018. *Klartext zur Integration: Gegen falsche Toleranz und Panikmache*. S. Fischer.

Mayer, Sabrina Jasmin, Hayfat Hamidou und Achim Goerres. 2021. Der *Zusammenhang zwischen nicht-politischer Integration und politischer Teilhabe von Bürger/innen mit Migrationshintergrund: Befunde von der Bundestagswahl 2017 auf Basis der Immigrant German Election Study.* In Handbuch Integration. Herausgegeben von Gert Pickel, Oliver Decker, Steffen Kailitz, Antje Röder und Julia Schulze Wessel. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21570-5_28-2.

Mecheril, Paul. 2010. *Migrationspädagogik – ein Projekt.* In Migrationspädagogik. Herausgegeben von Paul Mecheril, María do Mar Castro Varela, İnci Dirim, Annita Kalpaka und Claus Melter. Beltz.

Mediendienst Integration. 2025a. *Wie viele postsowjetische Migranten leben in Deutschland?* (Stand: Dezember 2025.) https://mediendienst-integration.de/bevoelkerung/postsowjetische-migranten-in-deutschland/wie-viele-postsowjetische-migranten-leben-in-deutschland/.

Mediendienst Integration. 2025b. *Wie viele Menschen dürfen nicht wählen?* (Stand: November 2025.) https://mediendienst-integration.de/diversitaet-und-teilhabe/waehler-mit-migrationshintergrund/wie-viele-menschen-duerfen-nicht-waehlen/.

Mediendienst Integration. 2025c. *Trendwende bei der Migration aus der EU.* (Stand: September 2025.) https://mediendienst-integration.de/artikel/trendwende-bei-der-migration-aus-der-eu.html.

Mediendienst Integration. 2025d. *Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 21. Deutschen Bundestag.* (Stand: Februar 2025.) https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Recherche_Bundestag_2025_Mediendienst.pdf.

Mediendienst Integration. 2025e. *Bundestag 2025: 73 Abgeordnete mit Migrationshintergrund.* https://mediendienst-integration.de/news/73-abgeordnete-mit-migrationshintergrund/.

Mediendienst Integration. 2023. *Rolle von Auslands-Polinnen bei der Parlamentswahl 2023.* https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Factsheet_MEDIENDIENST_Rolle_Auslands-Polinnen_bei_Parlamentswahl_2023.pdf.

Mediendienst Integration. 2020. *Infopapier: Alternativen zum „Migrationshintergrund“.* https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Infopapier_Alternativen_Migrationshintergrund.pdf.

Metzing, Maria und Adriana R. Cardozo Silva. 2024. *Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten, deren Nachkommen und Geflüchteten in Deutschland.* In Sozialbericht 2024. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf.

Münst, Senganata. 2008. *Intersektionalität als Perspektive der Migrationsforschung.* Femina politica: Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 17 (2008): 41–54.

NdM – Neue deutsche Medienmacher*innen. Ohne Jahr (fortlaufend). *NdM-Glossar: Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft.* https://glossar.neuemedienmacher.de/.

Oguzhan, Deniz und Rebecca Pates. 2021. *Das Land mit Migrationshintergrund und sein Bundestag. Über Diversitäts- und Repräsentationsvorstellungen zur Bundestagswahl 2021.* Communicatio Socialis – Zeitschrift für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft 54 (4): 497–508.

Öner, Selcen. 2014. *Turkish Community in Germany and the Role of Turkish Community Organisations.* European Scientific Journal 10(29): 146–162. https://eujournal.org/index.php/esj/article/view/4418.

Palleit, Leander. 2011. *Gleiches Wahlrecht für alle.* Deutsches Institut für Menschenrechte, https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/gleiches-wahlrecht-fuer-alle.

Panagiotidis, Jannis. 2021. *Postsowjetische Migration in Deutschland.* Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/user_upload/Expertisen/MDI_Expertise_Postsowjetische_Migration.pdf.

Panagiotidis, Jannis und Hans-Christian Petersen. 2024. *Antiosteuropäischer Rassismus in Deutschland.* Beltz.

Polskie Radio. 2025. *Polen auf dem Weg zur 20. größten Volkswirtschaft der Welt.* https://www.polskieradio.pl/400/7764/artykul/3595260.

Priemer, Jana und Mara Schmidt. 2018. *Migrantenorganisationen. Engagement für Migranten*. ZiviZ im Stifterverband https://www.ziviz.de/download/file/fid/509.

Pries, Ludger. 2013. *Internationale Migration und (räumliche) Integration – Zeit für neues Denken.* Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 71 (3): 177–179.

PRO ASYL. 2025. *Wahlprüfsteine 2025 – Die Parteien zu Flucht und Asyl.* https://www.proasyl.de/news/wahlpruefsteine-2025-die-parteien-zu-flucht-und-asyl/.

Roth, Roland. 2018. *Integration durch politische Partizipation.* In Handbuch Lokale Integrationspolitik. Herausgegeben von Frank Gesemann und Roland Roth. Springer VS.

Sauer, Martina. 2016. *Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten. In Einwanderungsgesellschaft Deutschland.* Herausgegeben von Heinz Ulrich Brinkmann und Martina Sauer. Springer Fachmedien Wiesbaden.

Schneider, Annika. 2022. *Russische Community in Deutschland: Großes Misstrauen gegen westliche Medien.* Deutschlandfunk, 07.04.2022, https://www.deutschlandfunk.de/mediennutzung-russische-community-deutschland-100.html.

Schöll-Mazurek, Kamila, Joanna Szymanska und Robert Socha. 2024. *Schutz durch polnische und deutsche Institutionen und soziale Sicherheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt für EU-Bürger mit polnischer Staatsangehörigkeit.* Senat Rzeczypospolitej Polskiej, https://www.senat.gov.pl/prace/opinie-i-ekspertyzy/page,13.html?kadencja=11&rok=2024.

Schönwälder, Karen. 2013. *Immigrant Representation in Germany's Regional States: The Puzzle of Uneven Dynamics.* West European Politics 36 (3): 634–651.

Schultz, Susanne U. und Christina Mecke. 2024. *Fachkräftemigrationsmonitor 2024: Fachkräfteengpässe von Unternehmen in Deutschland, Trends und Potenziale zum Zuzug ausländischer Fachkräfte.* Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Fachkraeftemigrationsmonitor_2024.pdf.

Schührer, Susanne. 2018. *Türkeistämmige Personen in Deutschland. Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015“ (RAM).* Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp81-tuerkeistaemmige-in-deutschland.pdf.

Schwenken, Helen. 2008. *Migrantinnenorganisationen: Zur Selbstorganisierung von Migrantinnen.* In Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Herausgegeben von Ruth Becker und Beate Kortendiek. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sinanoglu, Cihan und Daniel Volkert. 2011. *Politische Partizipation und die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in den Räten deutscher Großstädte: Vielfalt oder Einfalt?* In Politische Partizipation & Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft. Heinrich-Böll-Stiftung. https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_politische_partizipation.pdf.

Sönmez, Nursemin. 2024. *Antimuslimischer Rassismus: Um die Menschen ging es noch nie.* Migazin, 23.06.2024, https://www.migazin.de/2024/06/23/antimuslimischer-rassismus-um-die-menschen-ging-es-noch-nie/.

SPD. 2019. *Demokratie und Teilhabe leben – von Anfang an.* (Beschluss Nr. 10.) https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/B10_Demokratie_und_Teilhabe_leben_-_von_Anfang_an_.pdf.

Spies, Dennis C., Sabrina J. Mayer und Achim Goerres. 2020. *What Are We Missing? Explaining Immigrant-Origin Voter Turnout with Standard and Immigrant-Specific Theories.* Electoral Studies 65 (2020). https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102103.

Stan, Estera. 2025. *Verständnis.* neue deutsche organisationen, 07.04.2025, https://www.neue-deutsche-organisationen.de/blogbeitrag/verstandnis/.

Schührer, Susanne. 2018. *Türkeistämmige Personen in Deutschland. Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015“ (RAM).* Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp81-tuerkeistaemmige-in-deutschland.pdf.

Stiftung Mercator. 2017. *Neue Deutsche Organisationen gründen Hauptstadtrepräsentanz.* (Pressemitteilung vom 18.07.2017.) https://www.stiftung-mercator.de/de/pressemitteilungen/neue-deutsche-organisationen-gruenden-hauptstadt-repraesentanz/.

Stjepandić, Katarina. 2022. *Hanau ist überall. Der Aufbau von Solidaritätsnetzwerken nach den rassistischen Anschlägen in Hanau als postmigrantische Mobilisierung.* In Demokratie und Migration. Herausgegeben von Julia Glathe und Laura Gorriahn. Nomos.

Storz, Nora und Lotta Mayr. 2025. *SVR-Studie 2025-1: Jung und vielfältig, aber noch nicht politisch beteiligt? Wege zu mehr Partizipation für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.* Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR). https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2025/04/SVR_Studie_YoungUp_barrierefrei_neu.pdf.

Sultan, Marie Mualem. 2021. *Migrantenorganisationen in Zeiten der Wiedervereinigung.* Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/migrantische-perspektiven/325185/migrantenorganisationen-in-zeiten-der-wiedervereinigung.

SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration. 2021. *Jahresgutachten „Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht“.* https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/05/SVR_Jahresgutachten_2021_barrierefrei-1.pdf.

SVR – Sachverständigenrat für Integratino und Migration. 2020. *Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.* Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/03/SVR-FB_Studie_Be-Part.pdf.

Trede, Oliver. 2016. *Zwischen Misstrauen und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik.* Bundeszentrale für politische Bildung / Deutschland Archiv. https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/232789/zwischen-misstrauen-und-integration/.

Treibel, Annette. 2015. *Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland.* Campus Verlag.

Uslucan, Hacı Halil und Sauer, Martina. 2020. *Political Participation and Party Preferences among Immigrants of Turkish Origin in Germany.* Uluslararası İlişkiler / International Relations 17(68): 113–128. https://doi.org/10.33458/uidergisi.865541.

Walbrühl, Ulrich. 2021. *Politische Partizipation von Migrant*innen. In Politische Partizipation.* Herausgegeben von Frank Bätge, Klaus Effing, Katrin Möltgen-Sicking und Thorben Winter. (Reihe: Kommunale Politik und Verwaltung.) Springer Fachmedien Wiesbaden.

Waldmann, Klaus. 2021. *Politische Bildung postmigrantisch – die Neuen Deutschen Organisationen (ndo): Interview mit Meral El.* Journal für politische Bildung 1/2021: 50–52.

Wansing, Gudrun und Manuela Westphal. 2014. *Behinderung und Migration: Inklusion, Diversität, Intersektionalität.* Springer Fachmedien Wiesbaden.

WDR COSMO. 2025. *Niemcy–Polska: Krzysztof Blau in Magdeburg*. https://www1.wdr.de/radio/cosmo/sprachen/po-polsku/niemcy-polska-krzysztof-blau-magdeburg-100.html.

Weiss, Karin. 2018. *Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern.* In Handbuch Lokale Integrationspolitik. Herausgegeben von Frank Gesemann und Roland Roth. Springer VS.

Weiss, Karin. 2017. *Migranten in der DDR und in Ostdeutschland. In Deutschland Einwanderungsland: Begriffe – Fakten – Kontroversen.* Herausgegeben von Karl-Heinz Meier-Braun und Reinhold Weber. Kohlhammer Verlag.

Will, Anne-Kathrin. 2022. *Migrationshintergrund.* Unter Mitwirkung von Inken Bartels, Isabella Löhr, Christiane Reinecke, Philipp Schäfer und Laura Stielike. Preprint, Universität Osnabrück, 17.01.2022. https://doi.org/10.48693/22.

Wilmes, Bernhard. 2018. *Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten.* Dossier Migration. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), https://www.bpb.de/themen/migration-integration/dossier-migration/247685/politische-partizipation-von-migrantinnen-und-migranten/.

Wüst, Andreas M. 2024a. *Einwanderung und politische Integration in Deutschland. (Hintergrundpapier für die „Weimarer Gespräche".)* Bertelsmann Stiftung und Deutsche Nationalstiftung. https://www.nationalstiftung.de/wp-content/uploads/Einwanderung_u_politische_Integration_in_Deutschland_Wuest_2024.pdf.

Wüst, Andreas M. 2024b. *Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten.* Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/user_upload/Expertisen/MDI_Expertise_Politische_Repraesentation_2024.pdf.

Wüst, Andreas M. 2022. *Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund.* Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/515087/politische-partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund/.

Wüst, Andreas M. 2012. *Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009.* In Wählen in Deutschland. Herausgegeben von Rüdiger Schmitt-Beck. (PVS Sonderheft 45.) Nomos.

Yildiz, Erol. 2024. *Migrationsforschung postmigrantisch denken.* Migration und Soziale Arbeit 3/2024: 212–220.

Impressum

Veröffentlicht von

Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen e.V.

Obentrautstraße 72

10963 Berlin

Im Rahmen des Kooperationsverbunds für Vielfalt und Zusammenhalt

KOOPERATIONSVERBUND FÜR
VIELFALT & ZUSAMMENHALT

DaMOst | Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland

BVRE

Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen

TGD TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND
ALMANYA TÜRK TOPLUMU

Polnischer Sozialrat

neue deutsche organisationen.
das postmigrantische netzwerk

Verantwortliche im Sinne des Presserechts

Ehsan Djafari und Karen Taylor,

Vorstandsvorsitzende der Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen e.V.

Autor*innen

Aziz Dziri (TGD)

Jackie Schöneck (BKMO)

Joanna Szymanska-Bica (PSR)

Dr. Julia Glathe

Laura Gorriahn

Lia Petridou (ndo)

Luisa Muhammad (DaMOst)

Mahkam Hamid (BVRE)

Lektorat: Dr. Julia Roßhart

Gestaltung: Lan Rommel

1. Auflage 2026

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Robert Bosch Stiftung